

Vorträge Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 223

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS

Meiser / Rüßmann / Ress

Eröffnung des elften Studienjahres 1990/91
im Aufbaustudiengang „Europäische Integration“

Sir Gordon Slynn

Richter am Gerichtshof der
Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Recent Developments in the European Court of Justice

Vortrag vor dem Europainstitut der Universität des Saarlandes
Saarbrücken, den 15. Oktober 1990

1991 © Europa-Institut
Universität des Saarlandes
Nicht im Buchhandel erhältlich
Abgabe gegen eine Schutzgebühr
von 15,— DM

Begrüßung

Professor Dr. Dr. Richard J. Meiser
Präsident der Universität des Saarlandes 5

Überreichung der Magisterurkunden

Professor Dr. Helmut Rübmann
Prodekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität des Saarlandes 9

Bericht und Überreichung der Zertifikate

Professor Dr. Dr. Georg Röss
Direktor des Europa-Instituts der Universität
des Saarlandes 15

Statistik des Aufbaustudienganges 21

Festvortrag

**Recent Developments in the European
Court of Justice**
The Honorable Sir Gordon Slynn,
Richter am Gerichtshof der Europäischen
Gemeinschaften, Luxemburg 23

Übersicht aller vom Europa-Institut
veranstalteten Vorträge (1980 - 1990) 43

Der Präsident der Universität des Saarlandes,
Professor Dr. Richard Johannes MEISER

Spectabiles, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Studentinnen und Studenten,

Unserer Tradition entsprechend eröffnen wir heute abend den Aufbaustudiengang "Europäische Integration" im neuen akademischen Jahr. Wir gehen ins vierzigste Jahr des Bestehens des Europa-Instituts, was wir im kommenden Sommersemester eigens begehen wollen. Die Eröffnung dieses Aufbaustudien- ganges ist stets ein Moment, das unter schwierigsten Be- dingungen Erreichte zu würdigen und sich die Ziele vor Augen zu halten, von welchen wir nicht ablassen wollen.

Trotz der hervorragenden Leistungen, welche unser Europa- Institut mit seinen Professoren und vor allem mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nun seit vierzig Jahren erbracht hat, ist es uns nicht gelungen, eine institutio- nelle Basisfinanzierung seitens der Landesregierung oder der Bundesregierung oder der EG zu erhalten, vergleichbar dem europäischen Hochschulinstitut in Florenz oder dem Europa-Kolleg in Brügge. Vor denen, so sagen unverdächtige Zeugen, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Dementspre- chend mangelt es an einem Institutsbau, darüber hinaus an Räumlichkeiten für Professoren, Gastprofessoren und Do- zenten, welche als hohe EG-Beamte zu uns kommen. Es mangelt an einer angemessenen Unterbringung der Bibliothek sowie vor allem an Vorlesungs- und Seminarräumen für die Studen- tinnen und Studenten, von einer unzureichenden Ausstattung an Büchern, Sachmitteln, Finanzmitteln gar nicht zu reden. Dies soll kein Klagelied sein, sondern eine nüchterne Fest- stellung, damit wir wissen, wo wir uns befinden und was wir noch alles zu tun haben.

Die anhaltenden dringlichen Anträge und Beschwerden aus dem Europa-Institut vermag nur derjenige zu begreifen, der das Institut näher kennt und dort zu arbeiten hat. Und so ist verständlich, daß oft sogar der gute Wille der Universitätsleitung bezweifelt wird, obwohl wir doch alle wissen - das habe ich heute früh bei der Eröffnung des akademischen Jahres gesagt -, wie es um dieses Land und damit um seine von der allgemeinen Lage abhängige Universität steht: eine Grundsatzfrage, die wir auch morgen mit dem Bundesbildungsminister anlässlich seines Besuches diskutieren können.

Ungeachtet aller problematischen Arbeitsbedingungen nimmt das Interesse an unserem Aufbaustudiengang laufend zu. So sind es in diesem Jahr 102, im vorigen waren es 99 Teilnehmer. Bewerber aus vielen Ländern können nur zum Teil angenommen werden, einfach weil die dringende Kapazitätserhöhung bisher nicht gelang und weil wir zunächst eine Konsolidierungsphase benötigen. Denken Sie an unsere laufenden Berufungsverfahren. Dabei können wir uns zu diesen außerordentlich motivierten und fähigen Studentinnen und Studenten in diesem Aufbaustudiengang nur beglückwünschen. Es war auch für mich eine Freude, Ihre offenen und kritischen Anmerkungen und Gespräche zu verfolgen, und ich bitte Sie dringend, lassen Sie von Ihren Initiativen nicht ab. Wir sind immer für Sie da.

Nun sollten wir über all dem nicht vergessen, daß wir trotz so vieler Hemmnisse schrittweise vorangekommen sind. Ich erinnere an die Schaffung einer weiteren Professur in der juristischen Sektion des Europa-Instituts durch das erste Bund-Länder-Programm und an die inzwischen erreichte Etablierung des Aufbaustudiengangs "Europäische Wirtschaft", den wir demnächst eröffnen werden. Dank der Stiftungsprofessuren konnten wir hervorragende Ringvorlesungen einrichten - wie diejenige über europäische Währungsfragen -, und ich vergesse nicht die Programmförderungen durch den DAAD und durch die EG-Kommission.

Dies alles vor Augen, habe ich heute wieder aufrichtigen Dank zu sagen für das Erreichte unter so schwierigen Bedingungen. Der Dank geht an Herrn Kollegen Ress als den derzeit einzigen Direktor des Europa-Instituts, an alle Kolleginnen und Kollegen, an die Herren Amtsträger, an unsere engagierten Gastprofessoren und Lehrbeauftragten und nicht zuletzt an die Studentinnen und Studenten.

Ein ganz besonderer Gruß gilt Ihnen, Sir Gordon: May I particularly extend my greetings to you. We are most honoured and pleased by your presence and very grateful to you for this opportunity to have you with us and to attend your lecture on recent developments in the European Court of Justice. Vielleicht darf ich anmerken, daß Sir Gordon Slynn Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und Chairman des Executive Council der International Law Association ist. Er ist heute zum ersten Mal bei uns, wie er mir eben erzählte. Aber es verbindet ihn mit dem Europa-Institut eine mehrjährige Zusammenarbeit innerhalb der International Law Association, und solange Persönlichkeiten wie er und unsere externen Gastprofessoren aus den befreundeten Nachbarländern an unserer Seite sind, werden wir nicht nachlassen und nicht aufgeben - aber darüber können wir uns nachher ausführlich unterhalten, denn ich möchte Sie wie üblich anschließend zu einem Empfang in das Europa-Institut einladen. Vielen Dank.

Der Prodekan der Rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Universität des Saarlandes,
Professor Dr. Helmut Rüßmann

Sir Gordon, Herr Präsident, Spectabiles,

liebe Studentinnen und Studenten,

meine Damen und Herren,

die Ordnung für das Aufbaustudium sieht vor, daß die Urkunden über bestimmte Abschlüsse durch den Dekan der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ausgefertigt werden. Das hat er getan. Der Dekan wäre auch gern hier gewesen, um die Urkunden zu überreichen. Aber selbst in einem grenzenlosen Europa ist ein Dekan Grenzen, nämlich Grenzen der Natur, unterworfen. Auch er kann nicht an zwei Orten gleichzeitig sein. So hat er mich gebeten, als sein Vertreter diesen Amtsakt zu übernehmen. Der Amtsakt wird nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen, denn es haben bis heute nur zwei Kandidaten diesen Abschluß, den Magisterabschluß im Aufbaustudiengang erreicht: eine Frau und ein Mann. - Die Frau hat es vorgezogen, schon in den sonnigen Süden nach Griechenland zu gehen. Ihr ist die Urkunde vorab überreicht worden. Es handelt sich um Frau Zoi Kassapidu. Es ist nur noch ein Mann hier, der die Urkunde von mir überreicht bekommen kann, nämlich Herr Jörg Ukrow. Da das Überreichen nicht all zuviel Zeit in Anspruch nimmt, darf ich mir ein wenig Zeit nehmen, vielleicht aus meiner Perspektive etwas über das Europarecht oder Europa und die grenzenlosen Anwendungen und Herausforderungen zu erzählen.

Ich nehme mir das Privileg, aus meiner fachlichen Sicht etwas zu sagen. Dann werden Sie fragen: Was ist denn die fachliche Sicht dieses Herrn? Nun, er hat mehrere Fächer in seiner Lehrstuhlbeschreibung. Eines ist schlicht und einfach weltumspannend. Ein anderes Fach scheint derart national verengt, daß man nicht meinen sollte, daß aus dieser Perspektive etwas über Europa gesagt werden könnte.

Das weltumgreifende Fach ist die Rechtsphilosophie. In dem Bereich interessiere ich mich sehr stark für formale Methoden, und diese sind derart weltumspannend, daß selbst eine verbohrtete Ideologie oder Wissenschaftstheorie - wie der Marxismus - sich genötigt sah, dieses geistige Produkt, um es in die Theorie einzupassen, zum sogenannten realen Unterbau für den Überbau zu machen. Denn Logik sollte auch im Marxismus gelten, was eigentlich gar nicht sein durfte, denn als geistiges Produkt gehörte es dem Überbau an und war deshalb abhängig von den Produktionsverhältnissen. Wir wollen es angesichts solcher Verrenkungen lieber mit einem Landsmann von Sir Gordon halten, Sir Karl Popper, der gesagt hat: "Laßt besser Theorien an den Realitäten scheitern, als daß Ihr in den Realitäten Unglück anrichtet". Karl Popper hatte wissenschaftstheoretisch geleitet ein ethisches Postulat grenzenloser Allgemeinheit im Auge, besser Theorien als Menschen sterben zu lassen. Über mein allumfassendes Gebiet, Wissenschaftstheorie und Logik, brauche ich im Hinblick auf ein Europa ohne Grenzen hier nichts weiter zu sagen.

Interessanter wäre es, mit dem ganz engen nationalstaatlichen Rechtsgebiet, das ich vertrete, an Europa heranzutreten, und das ist das Zivilprozeßrecht. Es scheint, daß es eine Domäne allein des nationalen Rechts

ist, denn einer der klassischen Grundsätze des Zivilprozeßrechts lautet zu deutsch: Jeder Richter wendet nur sein eigenes Verfahrensrecht an, und das ist halt für die deutschen Richter das deutsche Verfahrensrecht. In klassischer Formulierung heißt das, es gilt die lex fori. Sind die Zivilprozeßrechtler nach diesem Grundsatz völlig frei von internationalen Bezügen? Selbstverständlich nicht. Die internationalen Bezüge nehmen im Geschäftsleben immer stärker zu. Wir haben immer mehr Fälle zu entscheiden, in denen internationale Konflikte, auch im Privatrecht, auftreten, und wir müssen schon im Rahmen des Prozeßrechts Fragen entscheiden, die mit diesen internationalen Bezügen zu tun haben. Eine der wesentlichen Voraussetzungen, unter der sich das abspielt, ist die internationale Zuständigkeit. Nun haben wir für weite Teile Europas eine Ordnung, die die internationale Zuständigkeit regelt, ein europäisches Übereinkommen, und wir sollten glauben, daß damit alles klar wäre, aber, nun kommt der Methodenlehrer zu Wort, offenbar sind deutsche Richter nicht in der Lage, ein Recht nach seinem Geist zu interpretieren. Sie kleben an Wortversatzstücken einer Normenordnung, und so ist es tatsächlich in den letzten Wochen vorgekommen, daß sich zwei deutsche Amtsgerichte, ansässig im Saarland, um die internationale Zuständigkeit stritten.

Sie müssen das einmal überlegen! Die internationale Zuständigkeit soll die Zuständigkeit der Gerichte eines Staats im Verhältnis zu den Gerichten anderer Staaten regeln. Saarbrücken und Saarlouis liegen im Saarland, und das Saarland liegt in der Bundesrepublik Deutschland. Es sollte nicht vorkommen, daß man sich zwischen diesen beiden Gerichten über die internationale Zuständigkeit streitet. Wie kommt es dann zu diesem Streit?

Eine bestimmte Norm unserer Ordnung sagt: Wenn jemand verklagt wird, der seinen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat, dann richtet sich die internationale Zuständigkeit nach bestimmten Normengruppen, und alle diese Normengruppen sehen vor, daß ein bestimmtes örtliches Gericht zuständig ist. So kann es sein, daß das Gericht des Erfüllungsorts zuständig ist, das könnte hier Saarlouis gewesen sein, oder daß ein Gericht kraft Vereinbarung zuständig ist. Das könnte das Amtsgericht in Saarbrücken gewesen sein. Eine am Text klebende Interpretation mag dann dazu führen, daß tatsächlich zwei deutsche Gerichte sich untereinander über die internationale Zuständigkeit streiten.

Wie bin ich an die Informationen zum konkreten Konflikt herangekommen? Ein verzweifelter Anwalt rief mich an. Ihm hatte nämlich das eine Gericht gesagt, ob er nicht einen Verweisungsantrag stellen wolle an das andere Gericht. Nun, das sieht unsere Zivilprozeßordnung zwar vor, aber nicht für Fragen der internationalen Zuständigkeit. Der Anwalt wußte nicht, was er machen sollte. Um einem Haftungsproblem zu entgehen, stellte er diesen Antrag. So kam die Sache an das andere Gericht, und das andere Gericht sagte: "Nee, wenn überhaupt, dann die Saarbrücker, aber nicht wir in Saarlouis". Es verneinte alsdann durch Urteil seine internationale Zuständigkeit. Eine Berufung an das Landgericht Saarbrücken belehrte den Anwalt, daß er wohl voreilig einen Verweisungsantrag gestellt habe. In dieser Not rief er mich an, und ich konnte ihm nur sagen: "Das Kind ist so tief in den Brunnen gefallen, daß wir es da kaum wieder herausholen können."

Warum erzähle ich das? Ich möchte die Bedeutung der internationalen Fragen für jeden, auch jeden nationalen

Juristen, betonen. An diesen Fragen kleben Prozeßerfolge, und ich hoffe nur, daß Sie, die jetzt den Aufbaustudiengang abgeschlossen haben, diese Fragen lösen können im Geiste dieser Ordnungen und nicht einfache klare Grundsätze verletzen, wie den, daß es zwischen zwei nationalen Gerichten keine Fragen der internationalen Zuständigkeit geben kann. Und mit diesem Appell wende ich mich zugleich an diejenigen, die das Studium aufnehmen, und ich möchte Sie ermuntern, sich nicht nur Fragen des materiellen Rechts in einem zusammenwachsenden Europa zuzuwenden, sondern auch Fragen des Zivilprozeßrechts. Sie sind, wie man sieht, von außerordentlicher Spannung. Mit diesem Appell darf ich nun meines Amtes walten und Herrn Jörg Ukrow bitten, die Urkunde aus meinen Händen in Empfang zu nehmen. Es ist mir sogar eine große Freude, die Note mit zu nennen, denn sie ist schlicht und einfach eine der besten, die man erzielen kann. Mit "sehr gut" ist der Abschluß erreicht worden.

Der Direktor des Europa-Instituts
der Universität des Saarlandes,
Professor. Dr. Dr. Georg Ress

I.

Das Europa-Institut blickt heute bei der Eröffnung des 11. Studienjahres auf eine 10-jährige - und rechnet man den Probelauf des 1. Jahres mit hinzu - schon auf eine 11-jährige Zeit als postgraduierte Ausbildungsstätte im Europäischen Gemeinschaftsrecht und Internationalen Wirtschaftsrecht seit der Wiedereröffnung im Jahre 1980 zurück. Insgesamt wird das Europa-Institut im Jahr 1991 sein vierzigjähriges Bestehen feiern können.

In diesem Jahr kommt auch die Wiedereröffnung der Sektion Wirtschaftswissenschaft des Europa-Instituts mit einem eigenen Studiengang hinzu, was für das Europa-Instituts eine Bereicherung darstellt.

Die Bilanz ist - trotz aller Engpässe und zermürbenden Schwierigkeiten durch Personalmangel, Raum- und Geldnöte - erfreulich.

Wir haben in dieser Zeit insgesamt 250 Hochschulabsolventen, insbesondere Juristen, das Zertifikat verleihen und sie damit auf einen erfolversprechenden Berufsweg weisen können. Diese haben hier eine Art Doppeldiplom erhalten, welches durch den qualifizierten Lehrkörper, vor allem durch die Dozenten aus Brüssel, Luxemburg oder Straßburg, ihnen Erfahrungen und Einsichten vermittelt, die sie für Industrieunternehmen, Banken, Ministerien, aber auch internationale Organisationen und insbesondere die EG, attraktiv macht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen unseren Dozenten für ihren weit über das normale Maß hinausgehenden Einsatz, desgleichen allen Mitarbeitern des Instituts, danken. Während wir bis zum Studienjahr 1988/89 insgesamt 184 positive Abschlüsse verzeichnen konnten,

sind allein im letzten Studienjahr 65 dazu gekommen. Die alte Erfahrung hat sich bestätigt, daß ungefähr etwas mehr als die Hälfte der Jahrgangsteilnehmer den Abschluß im Studienjahr bewältigen, was belegt, daß das Studium nach wie vor nicht einfach ist. Auch hat in diesem Jahr kein Studienbewerber die herausragende Note "ausgezeichnet" erzielt, was ich bedaure, aber andererseits auch wiederum Ausdruck der Leistungsanforderungen ist. Die große Zahl der Studiengangsteilnehmer - in diesem Jahr werden es 102 sein -, macht es unmöglich, den Studiengang mit den bisherigen Personal- und Sachmittelausstattungen ohne einschneidende Änderungen weiterzuführen. Vor 3 Jahren belief sich die Zahl der Neueinschreibungen noch auf 46 - damals konnten noch Besuche zu den Europäischen Gerichtshöfen nach Luxemburg und Straßburg in das Programm aufgenommen und auch längere Exkursionen zu ausländischen Universitäten eingefügt werden; alles dies ist bei der jetzigen hohen Zahl der Teilnehmer kaum mehr möglich. Das Europa-Institut wird wahrscheinlich einen numerus clausus einführen, und die Universität wird erwägen müssen, ob nicht angesichts des hohen finanziellen Aufwandes des Saarlandes für diese Ausbildung ein Studiengeld vorgesehen werden sollte.

In diesem Jahr kommen die Studenten wie in den vergangenen Jahren aus nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, aber auch aus Österreich, der Schweiz, Zypern, Finnland, Schweden, Polen, Bulgarien, USA, Chile, Taiwan, selbst aus Burkina Faso, sind fertige Juristen zugelassen worden. Auch aus dem Gebiet der ehemaligen DDR sind diesmal zwei Studenten im Programm. Ich möchte diese Stunde, in der ich allen Studienabsolventen letzten Jahres zu ihrem Erfolg gratuliere, nicht mit weiteren Klagen über die enormen personellen und räumlichen Engpässe verlieren. Alle beteiligten Amtsträger wissen, daß es so kaum weitergeht, und daß diese Verhältnisse nicht nur an der Motivation und der Kraft, sondern letztlich auch an der Gesundheit aller Beteiligten zehren.

II.

Ich wende mich an Sie, meine jungen Hörerinnen und Hörer, die Sie jetzt voller Erwartungen auf das kommende Studienjahr in das Europa-Institut kommen. Ich wünsche mir, daß Sie nicht enttäuscht werden. Ich weiß, daß Sie alle die nötige Motivation mitbringen und auch bereit sind, viele Initiativen zu entfalten. Sie treten zu einem Zeitpunkt in das Europa-Institut ein, der bedeutsamer für die Bundesrepublik kaum sein könnte. Nach der rechtlich zwar vollzogenen, aber materiell noch lange nicht bewältigten Einigung Deutschlands steht die Bundesrepublik vor der Aufgabe, die neuen Bundesländer an die Europäischen Gemeinschaften heranzuführen. Im deutschen Einigungsvertrag ist vorgesehen, daß das Recht der EG - der sog. *acquis communautaire* - sich auch auf die ehemalige DDR erstreckt, wiewohl zahlreiche Modifikationen und Übergangsregelungen sich als erforderlich erwiesen haben. Gem. Art. 10 des Einigungsvertrages gelten mit dem Wirksamwerden des Beitritts in dem Gebiet der ehemaligen DDR die Verträge über die Europäischen Gemeinschaften - ebenfalls die auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsakte, soweit nicht die zuständigen Organe der EG Ausnahmeregelungen erlassen. Dieser Vorgang in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Tragweite ist allein ein interessantes Forschungsfeld des nächsten Jahres. Auf der anderen Seite muß die Bundesrepublik mit ihren nunmehr 16 Bundesländern die Standfestigkeit ihrer europäischen Einbindung beweisen und ihr gestärktes Gewicht für die Fortentwicklung der Europäischen Union einbringen. Die Stimmenverhältnisse im Rat und die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie auch die Zahl der Kommissionsmitglieder, Richter und Generalanwälte bleiben trotz des gewachsenen territorialen und Bevölkerungsgewichts der Bundesrepublik unverändert, eine weise Lösung, die das Gleichgewicht unter den vier großen europäischen Staaten nicht verändert. Der Begriff des institutionellen Gleichgewichts in der EG ist vom EuGH als ein Rechtsbegriff aufgegriffen und entwickelt worden - zuletzt im Zusammenhang mit der Begründung der aktiven

schen Parlaments im Verfahren vor dem EuGH. Dem entspricht auch eine Art Gleichgewicht unter den Mitgliedstaaten, welches nicht angetastet werden sollte.

Wir stehen, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, auch in anderer Hinsicht vor einem Wendepunkt: Das Demokratiedefizit in den Europäischen Gemeinschaften wird mit jedem Beschluß zur Rechtsvereinheitlichung größer und verlangt nach einer institutionellen Reform, die nur im Zuge der ersten Schritte zu einer politischen Union - womit noch kein Bundesstaat gemeint ist - erreicht werden könnte. Daß die Entparlamentarisierung und Entföderalisierung, wenn sie fortschreitet, auf lange Sicht in erhebliche verfassungsrechtliche Probleme führt, zeigen die Stimmen, die eine stärkere Kontrolle des Europäischen Gemeinschaftsrechts durch das BVerfG und einen Solange III-Beschluß fordern. Es ist zu hoffen, daß diese Entwicklung keine Resonanz findet, sondern der Ausweg in einer Stärkung der Legislativfunktion des Europäischen Parlaments gefunden wird.

III.

Erlauben Sie, daß ich nunmehr denjenigen unter den 65 erfolgreichen Teilnehmern des letzten Studienjahres, die heute ihre Anwesenheit zugesagt haben, nämlich insgesamt 40, das Zertifikat überreiche. Unter diesen Teilnehmern haben insgesamt 20 das Zertifikat mit der Note 'sehr gut' erhalten. Unter diesen 20 sind zwei spanische Teilnehmer, ein finnischer, ein französischer und ein niederländischer Teilnehmer. Die beiden herausragenden Ergebnisse mit 18:20 Punkten haben Herr Christoph Schalast und Herr Pascal Hector erzielt, denen ich als erste das Zertifikat überreichen möchte. Ich rufe danach die Namen der einzelnen Teilnehmer auf und überreiche ihnen das Zertifikat.

IV.

Die diesjährige Staatsrechtslehrertagung fand vor einer Woche in Zürich statt in dem Saal in der Universität, in welchem *Winston Churchill* vor 45 Jahren einen bemerkenswerten Vortrag hielt, in dem er die Staatsmänner und die Jugend Europas dazu aufrief, die Vereinigten Staaten Europas zu schaffen: " Let Europa arise"! Kein anderer als *Sir Gordon Slynn*, der englische Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, ist besser berufen, diese Tradition fortzusetzen. *Sir Gordon* gehört zu den herausragenden englischen Juristen. Er ist nach der Praxis an der Bar in Gray's Inn seit 1974 Queens Council und wurde 1976 zum Judge of the High Court of Justice und 1978 zum President of the Employment Appeal Tribunal ernannt. In den Jahren 1981 - 1988 war er Generalanwalt beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, seit 1988 ist er dort Richter. Seine akademische Laufbahn begann er im Trinity College, Cambridge und dann an der London School of Economics. Er war Visiting Professor an den Universitäten Durham, Cornell, Kings College, Sidney. Er ist Honorary Fellow des University College in Buckingham, Ehrendoktor der Universitäten Birmingham, Buckingham, Exeter, der amerikanischen Mercer University und der University of Durham. Er ist Chief Steward of the City of Herford und Vizepräsident des internationalen Anwaltsverbandes sowie seit 1988 Chairman des Executive Council der International Law Association. In dieser Funktion verbinden uns Jahre gemeinsamer Bemühungen um die Fortentwicklung des Völkerrechts. Die Verbindungen mit dem Europa-Institut bestehen auch schon aus gemeinsamen Kolloquien, die wir z.B. am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz veranstaltet haben. Dort hatte er einen bemerkenswerten Beitrag über "The use of subsequent practice as an aid to interpretation by the Court of Justice of the European Communities" gegeben. Seine wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre konzentrieren sich vornehmlich auf das Europäische Wettbe-

werbsrecht. Er hat maßgeblich an den neueren Entscheidungen des EuGH zum Antidumping-Recht mitgewirkt. In der Festschrift für den verstorbenen Präsidenten des Bundverfassungsgerichts, *Wolfgang Zeidler*, schrieb er über Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit unter dem Stichwort: "but in England there is no". Wir sind glücklich und geehrt, daß Sir Gordon die Einladung zu unserer Eröffnungsveranstaltung angenommen hat, und ich darf ihm nunmehr das Wort erteilen.

S T A T I S T I K

Aufbaustudiengang "Europäische Integration"

Teilnehmer

	1980/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	90/91	Σ
neu	14	31	29	24	37	37	50	46	73	99	81	521
alt	—	1	4	11	2	3	11	10	10	10	18	80
Σ	14	32	33	35	39	40	61	56	83	109	99	601

Zertifikate nach Noten und Studiendauer

	1980/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	Σ
"ausgezeichnet"	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2
"sehr gut"	2	1	2	3	2	6	5	5	3	18	47
"gut"	5	9	11	8	9	13	19	16	24	33	147
"befriedigend"	3	3	5	4	7	3	5	6	10	6	52
"ausreichend"	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
insgesamt bestanden	10	13	18	15	19	23	29	27	38	57	249

Die Ergebnisse der beiden letzten Jahre sind wegen § 7 Abs. 1 der Prüfungsordnung vorläufig.

Neueinschreibungen nach Fachrichtungen

	1980/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	90/91	Σ
Jura	11	18	21	11	27	28	36	33	63	91	76	415
Wirtschaft	2	4	3	4	3	3	5	6	3	6	—	39
Politik	—	1	2	—	3	—	2	2	2	2	—	14
Sprachen	—	1	1	2	1	2	1	2	3	—	2	15
Pädagogik	—	1	1	2	3	—	—	2	1	—	1	11
andere Fächer	1	6	1	5	—	4	6	1	1	—	2	27
Σ	14	31	29	24	37	37	50	46	73	99	81	521

Aufbaustudiengang "Europäische Integration"
Neueinschreibungen nach Herkunftsländern

	1980/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	90/91	Σ
Bundesrepublik Deutschland	5	16	16	13	18	24	31	28	44	69	50	314
Argentinien			1			1				1		3
Belgien					2				2	4	3	11
Brasilien							1	1		2		4
Bulgarien											1	1
Burkina Faso											1	1
Chile											1	1
China (VR)						1			1			2
Costa Rica					1							1
Dänemark									1			1
Elfenbeinküste				1								1
Finnland	2			1						2	2	7
Frankreich	2	3	2		2	1	3	1	5	10	4	33
Griechenland	3	6	9	2	5	2	2	3	5	3	2	42
Großbritannien							1		1		1	3
Indien							1					1
Irland				1								1
Israel							1			1		2
Italien						1		2	1	1	2	7
Japan		1	1									2
Kamerun				3								3
Kanada				1						1		2
Korea								1				1
Madagaskar								1				1
Marokko	1											1
Namibia									1			1
Niederlande				1				1	5	1	1	9
Österreich						1			1			2
Polen		1		1	1		1	1	1			6
Portugal					1							1
Rumänien								1				1
Schweden							1	1			3	5
Schweiz							1			1	1	3
Spanien				1	2	3	5	3	4	2	7	27
Syrien							1					1
Togo							1					1
Tschechoslowakei									1			1
Türkei										1		1
Ungarn						1						1
USA	1	4			4	2		2			2	15
Σ	14	31	29	24	37	37	50	46	73	99	81	521

FESTVORTRAG

The Honorable Sir Gordon SLYNN

Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften,
Luxemburg

RECENT DEVELOPMENTS IN THE EUROPEAN COURT OF JUSTICE

Recent Developments in the Court of Justice of the European Communities

Mr. President of the University
Dean of the Faculty of Law
Director of the Institute
Ladies and Gentlemen,

When my friend and valued colleague in the International Law Association, Professor Röss, asked me to deliver an address to inaugurate the 1990 academic year of the Europa Institute, I was very honoured and pleased to be able to accept, my only regret, particularly in these stirring times for Germany, being that I should not be able to deliver it in German.

I must say at once that it has been for me very encouraging to see the Institute and to realise how many countries throughout the world send their students here to take part in its work. I find it no less encouraging that in the United Kingdom, despite all the financial cuts in the academic world, European law and European studies appear to be still on the move. I have been involved in helping to set up a new professorship of European law in the University of Durham and I am very happy that one of the référendaires from the European Court should become the first professor. The University of Birmingham, which you mentioned Mr. President, is just about to establish an institute of European studies and they seek a professor of European law, so that anyone present might look in the newspapers in the next few weeks when this vacancy will be advertised!

I was really impressed by the number of students who today have been awarded certificates for good results because I am sure that in all my university days nobody ever gave me a certificate

for good results in an examination. It is thus slightly intimidating to think that my speech should be keeping them from the celebration which they have so well earned and which they so well deserve.

Although I was very happy to be asked to come, Professor Ress' letter of invitation introduced a qualification which made me hesitate. He said that it was traditional on this occasion to have a formal, academic speech. Formal? Well, formality is a question of degree. It obviously did not mean simply that I had to wear a tie, if not an academic gown, but I was not sure whether it went further than that. Was I meant to be very heavy and very ponderous, preferably boring? I came to the conclusion that it was perhaps enough if I was fairly serious but that I was not simply to make what my colleague, Carl-Otto Lenz, calls "an English after-dinner speech". Academic, however, was the other word - "formal, academic speech". *Academic?* I was worried by this. Despite early flirtations with university teaching, I am not an academic by experience, even if by suppressed temperament, and I have, since I became a judge in the United Kingdom now many years ago, thought it was better that a judge on these occasions should not seek to be a professor. He can make a useful and perhaps a unique contribution to the work of a university by sticking to his last, like a cobbler, and giving his impressions as a judge. If he is bold enough to write an article, that is different. He can then, at his peril, seek to behave like a professor and wait for the consequences. So that got me over the word "academic".

But even if I decided that I would react as a judge and not strive to imitate a professor, that still left the important question as to what I should take as a subject.

It was tempting to take a narrow area of the law and to worry it like a dog with a bone during the prescribed period of time. To talk about intellectual property, to talk about competition law, to talk about the free movement of capital, and to look simply at one or two of the articles of the Treaty as interpreted by the Court.

Instead, I felt that for lawyers interested in Europe (as the President said to me - the Europeans of the future) and particularly for those who are still at the university, perhaps it would be of some use if I indicated what in the recent past have been, at any rate some of, the features of our life in Luxembourg, some of the aspects of the work of the European Court which seem to me to be significant. You can call it "developments" if you like. Some of it is development in the sense of change, some of it is development in the sense that we are carrying on with the principles that have been laid down in the past. So I am going to do just that. First the machinery and then the product which comes out of the machinery on the Kirchberg in Luxembourg.

As to the machinery, everybody here is aware that there is now attached to the Court of Justice what is called a Court or Tribunal of First Instance. It consists of twelve judges because there are twelve Member States. It is a tribunal without a separate Advocate General but the judges have the power to appoint one of their number as an Advocate General ad hoc for specific cases where they deem it to be appropriate.

Such a tribunal was the response to a demand which had become urgent and which had been the subject of discussion for many years. It was urgent if the judicial work of the European Community was not to grind completely to a halt, if the Court was not to collapse under the load of work.

The form of the response to this urgent demand was not inevitable. Other solutions might have been possible and as we continue to face the problems of the Court sometimes it is well to keep them in mind however theoretical they may have been. The problem was that the Court had so many cases. As a solution, why not enlarge the Court - double the size of the Court, have two full courts, have many more chambers, not four but eight Chambers of three judges? That would have retained the structural unity of the Court but might have created problems. It would have been necessary to ensure that the different compositions of the Court did not take inconsistent or conflicting routes. Who knows, one day, even leaving aside further accessions, the Court may have to consider expanding and becoming larger than it is today. I am not suggesting that it should or that it will. What I am saying is that the time may come when we will again have to consider whether the European Court should be bigger in order to cope with the enormous workload or perhaps whether one tribunal of twelve judges will be sufficient.

The Tribunal might equally have been given a separate existence, not just attached to the Court but structurally distinct with its own administration, with its own building and with its own budget. It might have taken a wholly different shape. It might at the beginning, as the Court of Justice proposed, have been smaller in size with only seven judges sitting in two chambers and a president at its head, since it was intended that, although it should be final on matters of fact, it should be subject to review on matters of law.

Its jurisdiction might have been different, not just limited as it now is to competition cases (Articles 85 and 86 of the EEC Treaty) and to the steel cases brought under the Coal and Steel Treaty and to the cases involving officials of the Community in dispute with their institutions. Perhaps some kinds of references

under Article 177 of the EEC Treaty could have been transferred to this Tribunal.

Thus, different solutions might be adopted. However, it is what it is, and the immediate and direct result, which is one of the major developments at the Court of Justice, is that the European Court now becomes, for the first time in its history, both in substance and in form, an appellate court. The Tribunal has already given judgments and, not surprisingly because lawyers like to go on as long as they can if there is any chance of winning a case, notices of appeal have already been received.

The relationship between these two institutions will evolve. They have to work out their respective roles. In some areas there should be no problems. If you, in future, advise your clients to begin in the wrong court, the rules of procedure seem to make it clear what should happen. If you begin in the Tribunal and not the Court, or the Court instead of the Tribunal, the rules take care of that. But, as I see it, there are other problems which will take time and careful thought to resolve.

Will the Tribunal for example, as some practising lawyers hope, go more into questions of fact? Will it look behind what the Commission has found as a fact and decide that the Commission got the facts wrong, find them differently? Will it be ready to "second guess" the Commission and get involved in economic appreciation in a way that the European Court has so far avoided doing? What will the Court say about it if it does? Will the Court of Justice on appeal say "yes, that is your role" or will it say "no, judicial review by a court is limited to looking at matters of law and procedure"? That is something which we shall work out in the future. What is meant by "lack of competence" of this new body? What is meant by "a breach of procedure which can be shown adversely to affect the interests of the appellant"? -

a phrase which seems to me to give a wide discretion to the European Court on an appeal. What is the scope of "infringement of Community law" by the First Instance Tribunal? It obviously means error of law in interpreting the Treaty. How much further does it go? Does it go beyond the First Instance Tribunal merely getting the law wrong? Does it go as far as to allow the Court of Justice to say that they have drawn inferences from the primary facts which are untenable? What about the right to an oral hearing on an appeal? How far will the Court of Justice allow lawyers an oral hearing when they say that they have not been able adequately to put their case at the written stage?

For me, as a common lawyer, the most interesting question perhaps is what will be the effect of the Court's judgments on this First Instance Tribunal? It is obvious that if there is an appeal and we say that the First Instance Tribunal got it wrong and we send it back, they have to deal with it again. Then, in that case, they must apply the law as we say that it is. But what about other cases which follow? Must our statement of the law in case X be followed by the new Tribunal in case Y, which comes along a couple of years later? That is a question both on interpretation and on validity which has already arisen in relation to national courts on Article 177 references, where the Court has given a ruling on the law. But it seems to me that it is going to be a more acute question in relation to the First Instance Tribunal. To a common lawyer, imbued with the doctrine of precedent and the rule of stare decisis, it may seem right or at any rate desirable that once the Court of Justice says what the law is the Tribunal should follow it not only in the case in question but also in later cases. If it does not, the result may appear to be capable of producing chaos. The Tribunal can, in later cases, distinguish our decision. If it does not like our judgment, if it thinks we have got the law wrong, it could perfectly well say: "But for the decision of the Court of Justice

we would have decided X for the following reasons ... The Court of Justice however said that the law is Y. Therefore, we apply the law as Y and we leave it to the Court to reconsider it in the light of our views".

But I know that some lawyers express the view that this should not be the approach. The First Instance Tribunal in a later case should be able to go off, on what in England we would call a frolic of its own, and say that the law is wholly different. I merely raise the problem. One day the Court will have to decide it. I have no idea what my colleagues think or what we will decide. There is a problem for the national judge sitting, if you like, in Saarbrücken or in Birmingham with a case in front of him. One lawyer stands up and says, "Judge, the Court said in 1990 that the law was X". The other lawyer stands up and says, "Judge, the Tribunal in 1992 said that the law was Y". The first lawyer says "Ah, but the Court of Justice is higher in the scale and the Tribunal must follow it". The other lawyer says, "Oh no, the First Instance Tribunal judgment is later in time and so you must follow them". Well, it will be an interesting question when it comes but the national judge must be told where he stands.

Finally on machinery, before I turn to what emanates from the Kirchberg, let me just say this. One thing is abundantly clear. We have only just begun to tackle the problem. In 1988-1989, 405 new cases arrived in the Registry of the Court; that was slightly up on the previous year. In 1989-1990, the number was marginally down, partly because of the number of cases going to the Court of First Instance. But the critical fact is that the total stock of cases, the backlog of cases before the Court and the Tribunal, is higher than it has ever been. Over 700 cases are at the moment waiting to be dealt with. References from national judges now take some 16 months on average before they are decided and direct

actions before the Court take something like 25 months. So, it seems to me that we are going to have to do something else either now or later. I do not know what we shall do. I speak only as an individual and my colleagues may totally disagree. But there are a number of alternatives that we should look at.

One is a change in our procedures. I think we shall have to "encourage" lawyers to be a bit more concise in the written pleadings that come before the Court. As you know, there is a claim and a defence, a reply and a rejoinder. I find that, in the nine years that I have been there, the reply and the rejoinder seem to get longer and they seem to be more repetitious and they seem to go on adding more and more documents of diminishing relevance to the case. I think we may have to do something about that.

I think also that we shall have to introduce a system of judgment by default or judgment for lack of defence. In a number of cases before the Court, it is said that a Member State has failed to carry out its obligations. There is often no defence to those cases and yet we have pleadings in writing. We have an oral argument. We have an Advocate General's opinion. We have a deliberation of the Court and finally we have a judgment drafted by one long-suffering member of the Court, who has to produce paragraph after paragraph saying that there is no defence to this case. And, most of all, the thing is reported in the law reports for professors and law students to study. I think we have to do something to get rid of this in these cases. Perhaps, in addition, we can shorten generally some of our judgments. As an English lawyer, I am not convinced that it is necessary to report every case or that every judgment of even this Supreme Court of Europe necessarily has to be chiselled on tablets of stone. Some of them are dealing with matters which could be written even in invisible ink.

I think, too, that we may have to take some steps to change our internal procedures perhaps to be a bit more like the Supreme Court of the United States - to reduce the lengthy oral deliberations of the judges and to do more in writing. I think we have to send more cases to the Chambers. I have no doubt that we shall need to send more work, more areas of the law, to the Court of First Instance. It is tempting to say that we should send all the boring subjects which currently come before the Court but that would not be fair to the Tribunal and we must find a more scientific division of work. I think, therefore, that we are going to have to look at our procedures and see what we can do. Maybe we should adopt a filter procedure as I gather you have in your Supreme Constitutional Court and in some of the other supreme jurisdictions of the Member States. We should study the petition for certiorari of the American Supreme Court though the analogy should not be taken too far as in their case the parties have already had a day or two in court, which is not the case with direct actions before us. Or we should consider introducing an obligation to apply for leave to appeal or to apply to the Court.

I am convinced that something has to be done if we are going to remain an effective judicial instrument.

I turn to the product. What, briefly, do I see at the moment as being significant features in the work of the European Court of Justice? The first point that strikes me when I think of what we do is the great variety and richness of the cases that come before the Court. I looked through my list for one week some time ago. It just illustrates a few of the things that we looked at in one week:

a) Could an Irish college be obliged to require a Dutch girl who wanted to teach the history of art in Dublin to have a

certificate in Gaelic when everybody at the college taught in English; when the students all communicated in English; and when, as far as I know, there were no teaching books on the history of art written in Gaelic? Was it justified for the Irish Government to insist on some knowledge, a little knowledge, of the first national and the first constitutional language of the country?

b) Was the German criminal law, which made it an offence for a travel agent to sell a ticket on an airline cheaper than that laid down by national rules, consistent with the competition rules of the Community? You will remember the case - somebody found that you could go, I think, from Frankfurt to Tokyo more cheaply if you did not buy a ticket Frankfurt-Tokyo but if you bought a ticket Lisbon-Frankfurt-Tokyo and did not use the Lisbon-Frankfurt portion.

c) The French made it illegal for somebody to sell the Encyclopaedia Britannica language course in English on a door-to-door basis. It was printed outside France. Was that rule justified in the interest of protecting people who might inadvisedly be persuaded to buy these books or was this such a restriction on the free movement of goods that it ought not to be allowed?

d) The British Government imposed restrictions on persons wishing to buy ships flying the British flag and using them to fish against the British fishery quotas in the North Sea. Were these unjustified restrictions on free movement of workers and on trade in the Community or were they justified on the basis of the Community's fisheries policy directed to preserving fish stocks in adjacent seas?

e) How far could the Commission go in requiring documents to be produced or questions to be answered in its enquiries into alleged breaches of the competition policy?

f) Could British pharmacists be required to supply the specific medicine prescribed by a doctor when there existed other medicines recognised by the Government as equivalent?

This short list indicates the variety of cases which can come before the European Court.

My second reaction is the increasing influence which the decisions of the Court have on the lives of people, particularly on the lives of workers and, more particularly, on the lives of women workers. The impact of employment law through the abolition or reduction of discrimination on the ground of sex has been remarkable in the European Community not only in abolishing discrimination against women but to some extent also discrimination against men in industry.

We all know the case of the lady who wanted to retire at the same age as a man and who was able to establish that to make her retire earlier than a man was a discriminatory act. You probably know the recent case of Mr. Barber who could not obtain a redundancy payment at the same age as a woman. He had to wait a few more years because men normally retire at a later age than women.

Then there are the social security cases which allow workers to take their social security rights and the rights of their families around the European Community. You will no less be aware of the effect of the Court's decisions regarding the professions, particularly perhaps in relation to lawyers, in enabling them to have their qualifications and their right to practise recognised

in other countries. You will surely know the effect that some of our decisions have had on registration fees in universities and in colleges.

So my second reaction, after that of richness and variety, is the effect on the lives of people rather than simply on commercial enterprises.

My third reaction is that I am struck by the extent to which the Court is having an influence on the work of the national courts and on the procedures which they may adopt. Enforcing certain fundamental rules, which make it essential that Community standards are applied, will be one of the great harmonising factors in the law of the European Community. We said in recent cases, San Giorgio and others, that national courts must devise a remedy which is sufficient and effective to ensure the enforcement of Community rights. We said to the Minister for Home Affairs in Northern Ireland that it was not enough for him to give a certificate saying that policewomen should not be allowed to carry guns because it was in the interest of public security that they should not do so. The certificate was not enough. It needed a tribunal, it needed a court, to ensure that those rights of non-discrimination were effectively enforced inside the European Community.

We said recently that the Danish law, which makes it an absolute offence without fault for an employer whose employee violates the rules on the number of driving hours which may be performed, is compatible with Community law and may be enforced by national judges who must impose the right kind of penalties. We said this despite the great opposition to the concept of liability without fault.

And, finally, comes the most controversial case of all, a case which affects my own country and which in legal terms is very important. In England you could not get, until recently, an injunction and interim order or stay order against a Government department pending the trial of an action. The judge after the trial can order the Crown, can order the Government, not to do something. But he cannot do it before the trial in order to protect the position. In one of the Spanish fishing cases, it was argued that an Act of the Parliament of the United Kingdom violated European Community law. Some of the judges accepted that if that is clearly a breach of Community law then, even before the final decision of a court, they must suspend the application of the Act of Parliament pending a reference to the Court of Justice. Granting such an injunction is not possible under English law. Parliament, it was argued, can do whatever it likes. It can declare that black is white. It can declare that a man is a woman and tomorrow it can say precisely the opposite of what it said today and nobody can deny it. And yet now, the European Court has ruled that if a judge, in order to make Community law effective, needs to grant an injunction, a stay order, even against an Act of Parliament passed by Westminster, the Mother of Parliaments, then he must have the power to do it. If he could grant such an injunction to enforce Community law but for the domestic rule "no interim relief against the Crown" then he must have the power to disregard that rule and to grant an injunction. Following that, the House of Lords, only last week, accepted that if you want to make Community law effective, the judge must have this power and they made the necessary order. That has produced in the United Kingdom a great political controversy but in time people will realise that as a matter of Community law we have not done very much extra in that case. All that is said is that Community law prevails and judges must carry it out and have the power to do so. In time, everybody will accept the decision as being an

application of law already well established. It is really not a very "dangerous" decision.

My fourth point is this: I think that what is now very important in the European Court is the extent to which in recent times the Court has insisted on protecting individual rights. I give you a few examples which have impressed me in the last few months.

Some Chilean traders sent apples to Europe. The Commission said that no more Chilean apples should be imported into the European Community. The Chilean producers and exporters said: "But our apples are already on the high seas; it is grossly unfair, it is grossly disproportionate, to stop these apples. Yes, you can stop apples which we have not yet sent. That is part of your discretionary power. But you could have exempted the apples already on the high seas." Before the Court, it was argued that these traders had no right to come to the European Court. This legislation was directed at a group of traders. We said that may be so, but these are individuals who appear to have a real complaint, and we decided in the end that it was intolerable that the apples already at sea should be excluded and we declared void the Commission's decision. We even went to the extent of saying that we thought that they should be compensated financially for the commercial loss which they had suffered. That is one example of the way in which we are increasingly, I think, looking at the rights of individual traders.

In the Barber case, which I mentioned earlier - the man who did not get his pension - the Court has insisted on the need for transparency and has said that the principle of equal pay enshrined in Article 119 of the Treaty requires that you look at each individual aspect of employment to see whether there is discrimination on the ground of sex. You do not have to do an

overall evaluation. In Danfoss we said that if an employee can show that wages for women are generally lower than wages for men, but cannot produce the detail because the employer does not disclose it, then the onus of proof must be on the employer to show that his distinction in a particular case is justified.

We came to some very far-reaching decisions recently. In the Hoechst case and in the Solvay case, we dealt with the obligations of manufacturers to produce documents to the Commission investigating anti-trust violations and we had to consider how far people could refuse to answer questions on the basis that otherwise they would incriminate themselves. In all these cases you find that the common thread is that the Court of Justice is very anxious, as far as the rules of the Treaty allow, to ensure that individual rights are protected.

My final point, and you have been very patient especially as I am keeping you from your drink, is this. I am sorry there are two final points. I will have my final and my final, final point.

My final point is brief. Many of the cases that we are now considering, particularly in relation to the free movement of goods and people, really are going to the heart of national prejudices. We are beginning to bite very deeply. I still have the file of newspaper cuttings criticising my Opinion in the German beer case. It was quite obvious that that provoked a great deal of reaction, disagreeable reaction, in Germany. They were not very keen on our decision that the rule was contrary to the Treaty. The Italians were very upset by our decisions on pasta. We have also just said that they cannot stop the importation of cheese which does not comply with the fat content of Italian cheese. We have, no doubt, upset some people by holding up the application of the German tax on heavy vehicles on the autobahns

and motorways. And so, inevitably, now we are becoming involved in matters which cause considerable national feelings.

My final, final point can also be very brief and is, to me, extremely important. This concerns the control which the Court is exercising and the contribution which it is making in developing and building up the constitution of the European Community. Over the years, we have recognised that Parliament could intervene in cases. We have recognised that some of what the Parliament does can be subject to review by our Court. We have accepted, following, if I remember rightly, the Opinion of my colleague, Mr. Advocate General Lenz, that the Parliament could complain if the Council failed to carry out an obligation under the Treaty to have a transport policy in a particular area.

Until July 1990, we had said that the Parliament did not have a right to apply to the Court to annul an act, an instrument, of the Council or the Commission. It is not in the Treaty and you cannot find any way of creating such a right. But the Parliament came back to us and said: "That is all very well but if we cannot protect our own prerogatives, nobody can, and that means that the constitution, the construction of Europe, can never work in the way it must have been intended to work". Reply by the opponents of the Parliament: "The Commission will do it". Riposte by the Parliament: "That will not work because sometimes, as in this case, we and the Commission disagree. They say we should use one article, one procedure. We say they should use another. And can they protect us in this sort of situation?"

I know that professors of law in all the Member States are going to use gallons of ink in discussing this recent decision of the European Court - but I believe that realistically the Court recognised that something had to be done in a very limited way to

allow the European Parliament to apply to protect the prerogatives which the Treaty and the Community accorded to it.

So you see, not only in our machinery but also in the daily round, the common task, there are developments, there is growth, there are important features of the work of the Court and as I look at many of you in this room, I feel envious that you will be around a great deal longer than I to see how these developments go on through your own efforts as European lawyers in the years to come. I am sure that you will find it a very rewarding, intellectually interesting and constructive task. You have the opportunity, as lawyers, in a rare way to contribute to the commonwealth of Europe.

VORTRÄGE UND TAGUNGEN

1980

24. 1. GERMAIN, Louis R.F.: Les fictions du Droit français (Dialogue franco-allemand)
28. 1. BLANC-JOUVAN, Xavier: Critique de la négociation collective en Droit français (Dialogue franco-allemand)
30. 5. GÖRGEN/MARX/WEILAND: Grenzüberschreitende Personenstandsfälle an der Saar (Kolloquium mit Standesbeamten)
12. 6. DARBY, Joseph H.: Die anglo-amerikanische Fallmethode am Beispiel der Produkthaftung
- 25.11. SAJKO, Krešimir: Aktuelle Probleme des interlokalen und internationalen Privatrechts der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
- 12.12. KLEIN, Gérard: La clause de réserve de propriété en droit allemand et français (Dialogue franco-allemand)
- 17.12. FRANKE, Peter Robert: Politik und Geschichte im heutigen Albanien. Bericht über eine Reise - 1979 (vgl. "Albanien im Altertum", Sonderheft der Zeitschrift Antike Welt, Feldmeilen: Raggi 1983)

1981

21. 1. ANDEL, Norbert: Steuerharmonisierung in der EWG - ökonomische Probleme, Entwicklung, gegenwärtiger Stand
21. 5. FISCHER, Dana: New frontiers in international law
3. 6. HUTSON, J.W.: Probleme der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
23. 6. MODEEN, Tore: Die Entwicklung des Kommunalrechts in den nordischen Staaten
- 30.10. REISCHL, Gerhard: Der Einfluß des Grundsatzes des freien Warenverkehrs auf den gewerblichen Rechtsschutz und das Urheberrecht im Gemeinsamen Markt (Nr. 1: WÖHE/WILL/REISCHL, Eröffnung des 2. Studienjahres)
- 10.11. JESKE, Joachim: Individuelle Nutzungsansprüche versus kollektives Landeigentum (Weideland) in Botswana
- 24.11. JUENGER, Friedrich K.: European Conflicts Unification - An American View
- 30.11. LAULE, Gerhard: Der konsolidierte Gewinn - Ein Vorschlag zur Harmonisierung des europäischen Steuerrechts (Nr. 2 - erschienen 1982)
- 17.12. FRANKE, Peter Robert: Bart und Gesinnung - Haarige Geschichten aus dem Altertum (Publikation in Vorbereitung)

1982

3. 2. ORTSCHIEDT, Pierre: Une introduction au droit pénal français (Dialogue franco-allemand)
22. 4. GÖRGEN/WILL (Hrsg.): Der Standesbeamte - Europäische Perspektiven und Tagung mit dem Fachverband der saarländischen Standesbeamten), Frankfurt/Main: Verlag für Standesamtswesen 1983. Vorträge von
23. 4. GÖRGEN, Franz: Der Standesbeamte im Saarland
BERNARD, Claude: Der Standesbeamte in Frankreich
PINTENS, Walter: Der Standesbeamte in Belgien und Luxemburg
KAMPERS, Jaap: Einige Gedanken zum Thema: Der Standesbeamte in den Niederlanden
STURM, Fritz: Der Standesbeamte in Italien
WILL, Michael R.: Der Standesbeamte - europäische Perspektiven
27. 4. RAYNAUD, Pierre: Les tendances actuelles du droit de la famille en France (Dialogue franco-allemand)
29. 4. SEIDEL, Martin: Freiheit des Kapitalverkehrs und Währungspolitik (Nr. 3)

7. 5. SCHMIDT, Dominique: Les sociétés commerciales en France (Dialogue franco-allemand)
11. 5. DROZ, Georges A.L.: L'espace judiciaire privé européen (Dialogue franco-allemand)
13. 5. BOTHE/PRIEUR/RESS (Hrsg.): Rechtsfragen grenzüberschreitender Umweltbelastungen / Les problèmes juridiques posés par les pollutions transfrontières (Fachtagung mit der Gesellschaft für Umweltrecht und La Société française pour le droit de l'environnement), Berlin: Erich Schmidt 1984. Vorträge über
15. 5. A. Völkerrechtliche Schranken (DUPUY, ZEHETNER)
B. Innerstaatliches Recht und innerstaatliches Verfahren
- Praxis (MARTI, LEPAGE-JESSUA, VAN DER ZWIEP, REBENTISCH)
- Verwaltungsrecht (RESS, OPPERMANN, WOEHRLING, SCHMID, SCHEUER)
- Zivilrecht (KOHLER, BISCHOFF, BUCHER, LUMMERT, HUET)
- Internationale Bezüge (REST, PRIEUR)
C. Konsultation und Zusammenarbeit (SMETS, ERCMAN, HEIL, MEYER, WAGNER, DAGUE, SCHEUER, STORM, BEYERLIN)
24. 5. BLECKMANN, Albert: Zur Rechtmäßigkeit der EG-Sanktionen gegen Argentinien nach allgemeinem Völkerrecht und dem Recht der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 4 - Nachdruck 1989)
3. 6. PRÉVAULT, Jacques: Une nouvelle institution foncière: Le "groupement foncier agricole" deviendra-t-il une forme européenne de la propriété de la terre? (Dialogue franco-allemand) (Nr. 5)
4. 6. DOEHRING, Karl: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Europäische Integration (Nr. 6)
- 25.10. TASCHNER, Hans Claudius: Hat sich die Rechtsangleichung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften bewährt? Überlegungen unter anderem anhand des Richtlinienvorschlages zur Rechtsangleichung auf dem Gebiet der Produkthaftung (Nr. 7: MÜLLER/WÖHE/RESS, Eröffnung des 3. Studienjahres)
- 3.11. SHACKLETON, Michael E.F.: Die Schaffung einer gemeinsamen Fischereipolitik: Grenzen des Fortschritts innerhalb des Entscheidungsprozesses der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 9)
- 10.12. LASOK, Paul: Unwritten Principles of Community Law (Nr. 8)
- 22.12. HAFKE, Heinz-Christian: Zur Verwendung von ECU nach nationalem Währungsrecht und nach dem Währungsrecht der Gemeinschaften (Nr. 10)
- 22.12. MÜLLER-DIETZ, Heinz: EIN- UND AUSFÄLLE - Literarische Texte

1983

17. 1. GLAESNER, Hans-J.: Rechtsprobleme des Haushaltsverfahrens der EG (Nr. 13)
3. 2. KLEPSCH, Egon: Zukunftsperspektiven der Europäischen Gemeinschaften und die Rolle des Europäischen Parlaments (Nr. 11)
8. 2. SEIDEL, Martin: Direktwirkung von Richtlinien (Nr. 14)
25. 4. WEISWEILLER, Rudi L.: Das europäische Währungssystem aus englischer Sicht (Nr. 18)
29. 4. KOMAR, Andrzej: Währungsprobleme des RGW (Nr. 20)
2. 5. KOMAR, Andrzej: Steuerharmonisierung in der EG (Nr. 21)
10. 5. BARRERA GRAF, Jorge: Commercial Law in Mexico - origins, features, reform (Nr. 28 - erschienen 1984)
27. 5. KYRIAZIS, Nikolaos: Wirtschafts- und währungspolitische Probleme Griechenlands nach dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (Nr. 16)
15. 6. von ARNIM, Henning: Abgabenrechtliche und administrative Behinderungen des Warenverkehrs an den Binnengrenzen der EG (Nr. 15)
23. 6. MAUTNER-MARKHOF, Georg: Schutz der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen
27. 6. GRIGERA NAÓN, Horacio A.: International Contract Law, "Lois de Police" and Self-Applying Rules: An Argentine Outlook (Nr. 19)

1. 7. MUÑOZ QUESADA, Hugo Alfonso: L'Ombudsman des Droits de l'Homme - Nouvelle Institution en Amérique Latine (Nr. 52: La Procuraduría de derechos humanos en Costa Rica - erschienen 1985)
5. 7. RWEZAURA, B.A.: Traditionalism and Law Reform in Africa (Nr. 17)
- 24.10. BIEBER, Roland: Institutionelle Probleme und Entwicklungstendenzen in der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 22: MEISER/JUNG/RESS, Eröffnung des 4. Studienjahres)
- 22.11. PATTI, Salvatore: Zivilgesetzbücher in Europa - Krise und Reform (Nr. 23 - Nachdruck 1989)
- 16.12. CLESSE, Armand: Perspektiven der europäischen Sicherheit zwischen Neutralismus in Europa und Isolationismus in den USA
- 22.12. FRANKE, Peter Robert: Erste Liebe? Unbekanntes aus der Jugend von Thomas Mann (in: "Musil-Forum" Wien, Nr. 10/1984, S. 43-55)

1984

20. 1. GÖRGEN/DRÖSCHEL/MARX: Das internationale Ehenamensrecht in der saarländischen Praxis (Kolloquium mit Standesbeamten)
20. 1. TOMUSCHAT, Christian: Menschenrechtssicherung in der internationalen Praxis (Nr. 24)
10. 2. HAFKE, Heinz-Christian: Bankrechtskoordinierung in der EG (Nr. 25)
4. 5. FAVOREU, Louis: Le Conseil Constitutionnel et les Réformes de la Gauche (Nr. 34)
11. 5. SEIDEL, Martin: Das Beihilfenrecht der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 26)
1. 6. CLUTE, Robert E.: African Negotiations on the Law of the Sea (Nr. 44 - erschienen 1985)
19. 6. HERBERT, Ronald: Die IPR-Spezialkonferenzen der OAS - Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Kollisionsrechts, zuletzt am Beispiel der internationalen Adoption (Nr. 29: Del Congreso de Lima a la CIDIP III - el Derecho Internacional Privado en América Latina [1878 - 1984])
22. 6. BONET, Georges: Les propriétés intellectuelles et le droit positif communautaire (Nr. 27)
29. 6. STĘPNIAK, Andrzej: Die Europäische Gemeinschaft aus polnischer Sicht
29. 6. GRABITZ, Eberhard: Bilanz des Europäischen Parlaments nach der Zweiten Direktwahl
12. 7. PUENTE EGIDO, José: Völkerrecht und Landesrecht in der spanischen Verfassung von 1978 (Nr. 35)
13. 7. PUENTE EGIDO, José: Probleme beim Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Nr. 36)
20. 7. DAUSES, Manfred A.: Rechtsprobleme eines "Systems" des freien Warenverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 33)
23. 7. WENGLER, Wilhelm: Berlin in völkerrechtlichen Übereinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Nr. 32)
24. 7. WENGLER, Wilhelm: Alternative Zuweisung von Vorfragen im Internationalen Privatrecht
- 22.10. EHLERMANN, Claus-Dieter: Rechtliche Überlegungen zum Konzept der abgestuften Integration (Nr. 46: MEISER/BURMEISTER/WILL, Eröffnung des 5. Studienjahres - erschienen 1985)
- 30.10 und 31.10. BOTHE/PRIEUR/RESS (Hrsg.): Rechtsfragen grenzüberschreitender Umweltbelastungen / Les problèmes juridiques posés par des pollutions transfrontières (Informationstagung im Anschluß an die Fachtagung vom 13./14.5.1982). Vorträge über
I. Vorstudien zu europarechtlichen Regelungen grenzüberschreitender Umweltbelastungen (RESS)
II. Abkommensentwurf zur Beschränkung und Vermeidung grenzüberschreitender Umweltbelastungen (BOTHE: Einführung; KISS: Préambule et principes; STORM: Behördenzusammenarbeit; KROMAREK: Participation/Bürgerbeteiligung; PRIEUR/BOTHE: Droit administratif, égalité d'accès/Verwaltungsrecht, gleicher Zugang; BISCHOFF/LUMMERT: Privatrecht/Droit privé; HUET: Droit pénal;

BISCHOFF/LUMMERT: Privatrecht/Droit privé; HUET: Droit pénal;
BEYERLIN: Verhältnis zu anderen Verträgen, Notsituationen;
BUNGE: Durchführungsbestimmungen).

- 9.11. DRESSLER, Gerhard W.: Stahl im rechtlichen und wirtschaftlichen Spannungsfeld zwischen Brüssel - Bonn - Saarbrücken (Nr. 43 - erschienen 1985)
- 15.11. bis 18.11. STĘPNIAK/WILL (Hrsg.): Structural Changes in the European Community / Strukturwandel in der Europäischen Gemeinschaft Internationale Tagung in Sopot/Polen, 15. - 18.11.1984), Uniwersytet Gdański: Ośrodek Badań EWG/Universität des Saarlandes: Europa-Institut 1985 - Nachdruck 1987. Teilweise und teils auch in der anderen Tagungssprache erschienen in: Zeszyty Naukowe Wydziału Ekonomiki Transportu Uniwersytetu Gdańskiego, Prace i materiały Instytutu Ekonomii Politycznej Nr. 14 (1985) "Zmiany strukturalne w krajach EWG"
- STĘPNIAK/ZIELIŃSKA: Transformation of Industrial Structures in the Market Economy Countries. The New Industries in the European Community (auch Nr. 14, S. 7-16)
- MAYHEW, Alan: World Recession and Structural Change in the European Community
- ZULEEG, Manfred: Probleme der Koordinierung der Strukturpolitik der EG und der Politiken auf der nationalen Ebene (auch Nr. 14, S. 17-24)
- RYBOWSKI, Wojciech: Reality and Level of Coordination of European Communities' Industrial Policy (auch Nr. 14, S. 39-52)
- FRANZMEYER, Fritz: Konvergenzmängel in der sektoralen Strukturpolitik der EG-Länder (auch Nr. 14, S. 25-37)
- KRÄGENAU, Henry: Probleme der Strukturanpassung in der Europäischen Stahlindustrie (auch Nr. 14, S. 53-72)
- SEIDEL, Martin: Beihilfen und Strukturveränderungen in der Europäischen Gemeinschaft (auch Nr. 14, S. 73-85)
- BIELIŃSKI/GIERSZ/PAWŁOWICZ: The Structure of Utilizing the Industrial Potential as a Premise of the CMEA
- GAWLIKOWSKA-HUECKEL/BIESZKI/PIANKOWSKI: Nature of the Technological Gap of the European Community (auch Nr. 14, S. 95-106)
- FISCHER-DIESKAU, Christian: The Foundations and Current State of European Community Research (auch Nr. 14, S. 87-94, deutsch)
- BERGSTRÖM, Siegfried: Widersprüchliche Einwirkungen der Informations- und Kommunikationsprozesse auf Strukturveränderungen (auch Nr. 14, S. 107-115, englisch)
- KLAWE, Andrzej: The Common Agricultural Policy of the EEC (auch Nr. 14, S. 147-157)
- FIELD, Heather K.: Aspects of the Effects of the Second Enlargement of the European Community upon the Mediterranean States' Exports of Agricultural Products, Textiles and Migrant Workers
- WILL, Michael R.: Structural Changes in Spanish Private Law Due to Spain's Entry into the EEC (auch Nr. 14, S. 117-126, deutsch)
- GORIÉLY, Georges: Die Europäische Gemeinschaft: Politisch ein struktureller Wandel? (auch Nr. 14, S. 139-145)
- RIJŃVOS, Cornelis Johannes: Flexible Wechselkurse, EWG-Währungssystem und Dollarposition
- BOOT, Pieter: European Trade Patterns: The Case of the European Community, EFTA and CMEA
- MUŃKO, Andrzej: Protectionism and Adjustment to Trade in Western European Industry in the 1970s and early 1980s
- PUSLECKI: Zdzisław: Wechselbeziehungen zwischen den strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft und dem Protektionismus in der Europäischen Gemeinschaft
- DEARDEN, Stephen: Relation of United Kingdom and the EC Economic Policy (nur in: Nr. 14, S. 127-137)
- 30.11. DIMITRIJEVIĆ, Vojin: The Roles of the Human Rights Committee (Nr. 37)
- 4.12. VILLELA, João Baptista: Adoption in Brasilien: Historische Entwicklung und Reformbestrebungen
- 7.12. KUTSCHER, Hans: Die Bewältigung der Stahlkrise aus europäischer Sicht (Nr. 38 - erschienen 1985)
- 21.12. GOTTSMANN, Carola L.: Die Brüder Grimm: Märchenhafte Zufälle der Forschung - Bemerkungen zu den Umständen der Herausgabe der Edda (Nr. 42 - erschienen 1985)

1985

12. 1. RESS, Georg (Hrsg.): Verfassungsreform in Südafrika und Verfassungsgebung und für Namibia/Südwestafrika, Heidelberg: C.F. Müller 1986. Vorträge über
13. 1. - Die völkerrechtlichen Probleme der Verfassungsreform in Südafrika (DOEHRING, STEIN)
- Verfassungsreform in Südafrika (BREYTENBACH, DEVENISH, VAN WYK, JACOBS, PFEIFENBERGER)
- Verfassungsgebung für Namibia/Südwestafrika (VAN WYK, THOMAS-HAUSEN)
14. 1. GORIÉLY, Georges: Der 13. Januar 1935 - Wende an der Saar, Wende in Europa
22. 1. FERRARIS, Luigi Vittorio: Das Modell Europa aus italienischer Sicht (Nr. 39)
25. 1. KARPENSTEIN, Peter: Die Finanzierung der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften - Grundzüge und Rechtsprobleme (Nr. 40)
1. 2. BOGGIANO, Antonio: Nuevas perspectivas sobre la autonomía privada de los partes en el derecho internacional privado (Privatautonomie und zwingendes Recht - neue Perspektiven)
7. 2. SEIDEL, Martin: Rundfunkfreiheit in Europa (Nr. 41)
15. 2. MILLER, Gary T.: Rechtsprobleme der Mitgliedschaft Irlands in der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 61 - erschienen 1986)
11. 4. WILL, Michael R. (Hrsg.): Ingreso de España en la Comunidad Europea (Arbeitskongreß der Deutsch-Spanischen Juristenvereinigung) mit Einführung (BORRAS) und Beiträgen zur "adaptación del derecho constitucional" (TRUYOL), zur "adaptación institucional" (BRUNNER), zur Privatrechtsangleichung (WILL) und zu "expectativas del derecho internacional privado" (IGLESIAS BUHIGES) (Nr. 63 - erschienen 1986)
23. 4. HAUSCHILD, Winfried: Das EG-Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen - Anwendung von Amts wegen? (Nr. 45)
30. 4. JACQUÉ, Jean-Paul: Vers l'union européenne (Dialogue franco-allemand) (Nr. 54)
29. 5. ZULEEG, Manfred: Gleicher Zugang von Mann und Frau zum Arbeitsleben als europarechtliches Problem (Nr. 50)
3. 6. MODEEN, Tore: Das finnische Beamtenrecht - Grundzüge und Reformvorschläge (Nr. 47)
7. 6. CHARPENTIER, Jean: La coopération politique en Europe (Dialogue franco-allemand) (Nr. 48)
18. 6. GLESKE, Leonhard: Währungspolitische Rolle der ECU? (Nr. 49)
25. 6. KRÜCK, Hans: Das Antidumpingrecht in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
26. 6. FLAUSS, Jean-François: La vérification des pouvoirs à l'Assemblée Générale des Nations-Unies (Nr. 51)
5. 7. HRBEK, Rudolf: Europäische Parteienzusammenschlüsse
- 5.10. PELLEGRINO, Carlos R.M.: Construire le marché commun latino-américain - la supranationalité et la question constitutionnelle (Nr. 55)
- 21.10. GLAESNER, Hans-J.: Rechtliche, politische und wirtschaftliche Probleme der Süderweiterung der EG (Nr. 58: MEISER/NEUBAUER/WILL, Eröffnung des 6. Studienjahres - erschienen 1986)
- 23.10. GORIÉLY, Georges: Der 23. Oktober 1955 - Volksabstimmung aus europäischer Sicht
- 24.10. PRÉVAULT, Jacques: Le Code Napoléon - Ses fondements philosophiques et son rayonnement dans le monde (Nr. 56 - erschienen 1986)
- 2.11. REZENDE FIGUEIRA, Ricardo: Menschenrechtsverletzungen bei Landkonflikten in Brasilien
- 8.11. PODRAZA, Antoni: Polens Platz in Europa (Nr. 53)
- 25.11. MUMÇU, Ahmet: Der türkische Weg zur Demokratie - historische und aktuelle Bestrebungen

- 29.11. STĘPNIAK, Andrzej: Die Verschuldung der RGW-Länder und die weitere Entwicklung des Ost-West-Handels
- 7.12. WILL, Michael R. (Hrsg.): Rechtsprobleme beim Eintritt Spaniens
und Portugals in die EG / Problemas jurídicos del ingreso de
8.12. España y Portugal en las C.E.. Vorträge von
FERNÁNDEZ DE LA GANDARA, Luis: Anpassung des spanischen Gesellschaftsrechts
an die Richtlinien der EG (Nr. 65 - erschienen 1986)
CAEIRO, António: Vers une nouvelle législation portugaise sur les sociétés
commerciales (Nr. 66 - erschienen 1986)
VILÁ COSTA, Blanca: Zwingende Normen - das EG-Schuldvertragsübereinkommen
von 1980 und das spanische Recht
JALLES, Maria Isabel: Das Wettbewerbsrecht der Gemeinschaften und Portugal
GILSDORF, Peter: Am Vorabend des Eintritts Spaniens und Portugals in die EG
- Analyse des Vertragswerkes und Kommentar (Nr. 64 - erschienen
1986)
POENSGEN, Gisbert: Kommentar eines an den Verhandlungen Beteiligten (Nr. 64)
- 11.12. D'ATENA, Antonio: Zur Problematik der EG-Richtlinien - vornehmlich in
Italien (Nr. 79 - erschienen 1986)
- 16.12. LASOK, Dominik: The United Kingdom as Member of the European Community
(Nr. 57 - erschienen 1986)
- 19.12. SLATER, Joseph L.: Recent Developments in Emerson Scholarship - in the
United States and in Europe
SLATER, Vivien Harvey: "Große Lehrer - große Schüler"
(Nr. 110: Soiled Fish and Ridiculous Mice - erschienen 1987)

1986

13. 1. NYGH, P.E.: Neuere Entwicklungen des Familienrechts in Australien
15. 1. DOBSON, Juan M.: Lifting of the Veil - "Durchgriff" (vgl. "Lifting the Veil
in Four Countries: The Law of Argentina, England, France and the
United States", in: International and Comparative Law Quarterly 35
(October 1986) 839-863)
28. 1. VINEY, Geneviève: Vers la construction d'un droit européen de la responsa-
bilité civile - les apports possibles du droit français (Nr. 59)
5. 2. ANDORNO, Luis O.: La responsabilité délictuelle du fabricant vue de
l'Amérique Latine
9. 3. STĘPNIAK/ZIELIŃSKA-GŁĘBOCKA (Hrsg.): Industrial Policy in the EEC and CMEA.
bis International Session Saarbrücken-Brussels-Luxembourg-Frankfurt
16. 3. (9. - 16.3.1986) and Sopot (17. - 22.11.1986), Uniwersytet
Gdański: Ośrodek Badań EWG 1988. Vorträge über
und - Industrial Policy in the EEC (BIESZKI/STĘPNIAK, ADAMANTOPOULOS,
VOLZ, BUJARD, BIRMES, ZIELIŃSKA GŁĘBOCKA, KALINOWSKI)
17.11. - Industrial Policy and Structural Changes in Industry in the
bis CMEA (MARKOWSKI, KULIGOWSKI, PAWŁOWICZ, BIELIŃSKI)
22.11. - Comparative Analysis of Industrial Changes in the EEC and CMEA
(FILAR, LAUDAŃSKA-TRYNKA, GAWLIKOWSKA-HUECKEL, KUROPATWIŃSKI)
21. 4. BUECKLING, Adrian: Fernsehen ohne Grenzen - Fernsehen in Grenzen. Probleme
der Vereinbarkeit inländischer Beschränkungen satellitisch heran-
geführter Auslandsprogramme mit dem Europäischen Gemeinschafts-
recht (Nr. 60)
2. 5. ERASMUS, Gerhard: Völkerrechtliche Probleme der Grenzen Namibias (Nr. 71)
21. 5. BIEBER/RESS (Hrsg.): Die Dynamik des Europäischen Gemeinschaftsrechts / The
bis dynamics of EC-law: Die Auslegung des Europäischen Gemeinschafts
23. 5. rechts im Lichte nachfolgender Praxis der Mitgliedstaaten und der
EG-Organen, Baden-Baden: Nomos 1987. Vorträge über
- Allgemeines Völkerrecht und die Auslegung von Verträgen im
Lichte nachfolgender Praxis (RESS, KARL, KLEIN, STEIN, SLYNN,
GROUX)
- Die Bedeutung der Praxis der Mitgliedstaaten für die Auslegung
der EG-Verträge (BLECKMANN, DAUSES, GULMANN, HILF, DE WITTE,
BIEBER, SCHERMERS)
- Die Bedeutung der Praxis der EG-Organen für die Auslegung der
EG-Verträge (DEWOST, USHER, EDWARD, JACQUÉ, ELLES)
- Grenzbereiche zulässiger Vertragsauslegung durch Mitglied-
staaten und Organen (EVERLING, GLAESNER, CAPOTORTI)
27. 5. DO COUTO E SILVA, Clóvis V.: Le droit brésilien - décentralisation et
l'idée du Code
30. 5. BUCK, Karl: Die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament - Grüne,
Alternative, EG-Gegner (Nr. 67)

11. 6. WILL, Michael R. (Hrsg.): Schadensersatz im Strafverfahren, Kehl: Engel 1989. Vorträge von
POSCH, Martin: Zivilrechtlicher Schadenersatz im Strafverfahren in der DDR
WEIGEND, Thomas: Schadensersatz im Strafverfahren (Bundesrepublik)
SCHROTH, Hans-Jürgen: Das Adhäsionsverfahren in Österreich
KOHLER, Christian: Adhäsionsverfahren und Brüsseler Übereinkommen 1968 sowie Kurzbeiträge "Schweiz" (SPIEGEL), "Frankreich" (HANEL), "Italien" (BIRMES), "Griechenland" (GOUTZAMANIS), "England" (HEKTOR), "VR China" (HU/SPIEGEL), "Rechtspolitik" (NILIUS) und "Versicherungen" (MARTICKE)
12. 6. STEIN, Erik: Legal Problems of Commodity Agreements between the EEC and the COMECON
16. 6. LENZ, Carl Otto: Die Bundesrepublik Deutschland als Glied der Europäischen Gemeinschaft - Fragen der gegenseitigen Durchdringung zweier Rechtsordnungen (Nr. 68)
18. 6. ARRIOLA PALOMARES, Joaquín: Die Handelsbilanz Spaniens (Nr. 72 - "Handel und Technologie in den deutsch-spanischen Beziehungen")
18. 6. GOMEZ URANGA, Mikel: La balanza tecnológica española (Nr. 72)
23. 6. NAGEL, Heinrich: Das Internationale Zivilprozeßrecht aus westeuropäischer Sicht (Nr. 62)
26. 6. SCHLOH, Bernhard: Erfahrungen vor dem Europäischen Gerichtshof (Nr. 163 - erscheint 1989)
30. 6. VAN DER VYVER, Johan: Schutz der Menschenrechte im Rahmen der Neuen Verfassung Südafrikas (Nr. 69 - erscheint 1989)
4. 7. WOEHRLING, Jean-Marie: Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz in Frankreich auf dem Gebiet des Umweltrechts - unter Einschluß der Probleme der grenzüberschreitenden Verfahrensbeteiligung (Nr. 70)
30. 7. ÖZTAN, Bilge: Das zukünftige türkische Familienrecht. Kritische Anmerkungen zum Entwurf eines neuen Zivilgesetzbuches (1986) (Nr. 80)
23. 9. WENGLER, Wilhelm: Der Inlandsbegriff im deutschen Recht (mit besonderer Berücksichtigung des Personenstandsrechts (Nr. 75 - auch als Sonderdruck Franz GÖRGEN zum 75. Geburtstag)
24. 9. WENGLER, Wilhelm: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Menschenrecht (Nr. 76)
- 20.10. KARPENSTEIN, Peter: Deutscher Wein und Europa (Nr. 77: RESS/DOMES/WILL, Eröffnung des 7. Studienjahres)
- 5.11. KORNILAKIS, Panayotis: Auf dem Wege zu einem europäischen Deliktsrecht - der Beitrag Griechenlands (Nr. 73)
- 7.11. BRIDGE, John W.: Judicial Control of Prerogative Powers in Foreign Affairs (Nr. 74)
- 14.11. TASCHNER, Hans Claudius: Product Liability in den Vereinigten Staaten versus Europäisches Produkthaftpflichtrecht (Ringvorlesung FB 2 - Wirtschaftswissenschaften) (Nr. 78; auch in: Erik SONNEMANN (Hrsg.), Rechnungslegung, Prüfung, Wirtschaftsrecht und Steuern in den USA, Wiesbaden: Gabler 1989, S. 261-280)
- 2.12. LAUFS, Adolf: Rechtliche Grenzen der Fortpflanzungsmedizin
- 18.12. HERZOG, Peter E.: Grundzüge des US-amerikanischen Rechtssystems (Ringvorlesung FB 2 - Wirtschaftswissenschaften) (in: Erik SONNEMANN (Hrsg.), Rechnungslegung, Prüfung, Wirtschaftsrecht und Steuern in den USA, Wiesbaden: Gabler 1989, S. 169-204)

1987

9. 1. WILL, Michael R. (Hrsg.): Rechtsprobleme nach dem Eintritt Spaniens und Portugals in die EG / Problemas jurídicos planteados tras el ingreso de España y Portugal en la C.E. / Problemas jurídicos do ingresso de Espanha e Portugal na C.E. (im Anschluß an die Wissenschaftliche Tagung vom 7./8.12.1985). Vorträge von
10. 1. POENSGEN, Gisbert: Portugal - Die Rolle der Regionen (Nr. 95)
DA SILVA OCHOA, Juan Carlos: El ordenamiento jurídico europeo y el derecho de las Comunidades autónomas (Nr. 96 - erschienen 1989)
BORRÁS RODRÍGUEZ, Alegría: La Protección de los Consumidores (Nr. 90)
FERREIRA DE ALMEIDA, Carlos: La Protection du Consommateur au Portugal (Nr. 91 - Nachdruck 1989)

- NIETO, Alejandro: Umweltschutz und Wirtschaft in Spanien (Nr. 92 - Nachdruck 1989)
- GRONEMEYER, Steffen: Umweltschutz und Wirtschaft (Nr. 93 - Nachdruck 1989)
- MARTINS, Ana Beatriz: Umweltschutz und Wirtschaft in Portugal (in: Umwelt- und Planungsrecht (München) 1987, Nr. 4, S. 133-136)
- MARQUES GUEDES, Armando: La justice constitutionnelle au Portugal (Nr. 94)
- NIETO, Alejandro: Problemas actuales del derecho constitucional
22. 1. MARKERT, Kurt: US-Antitrustrecht 1987 - Stand und Entwicklungstendenzen aus der Sicht eines deutschen Kartellrechtsanwenders (Ringvorlesung FB 2 - Wirtschaftswissenschaften) (Nr. 81; auch in: Erik SONNEMANN (Hrsg.), Rechnungslegung, Prüfung, Wirtschaftsrecht und Steuern in den USA, Wiesbaden: Gabler 1989, S. 233-260)
23. 1. GREWE, Constanze: La répartition des compétences externes entre le Président de la République Française et le Premier Ministre (Dialogue franco-allemand) (Nr. 84)
26. 1. LAULE, Gerhard: Gesellschaftsrecht der USA (Ringvorlesung FB 2 - Wirtschaftswissenschaften) (in: Erik SONNEMANN (Hrsg.), Rechnungslegung, Prüfung, Wirtschaftsrecht und Steuern in den USA, Wiesbaden: Gabler 1989, S. 205-232)
4. 2. BUCHHEIT/DRÖSCHEL: Das neue IPR-Gesetz in der Standesamtspraxis (Kolloquium mit Standesbeamten)
4. 2. KINDERMANN, Harald: Zur Akzeptanz des Europäischen Gemeinschaftsrechts
6. 2. PETERSMANN, Hans G.: Die Weltbankgruppe und die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) (Nr. 86)
11. 2. RYBOWSKI, Wojciech: EEC - COMECON: Alternative Institutional Arrangements of Reciprocal Economic Relations (Nr. 120 - erschienen 1988, Nachdruck 1989)
16. 2. STRASSER, Wolfgang: Die Verfahrensbeendigung durch Vergleich vor den Europäischen Menschenrechtsorganen (Compromis amical)
18. 2. VEDEL, Georges: L'attitude des juridictions françaises envers les traités européens (Dialogue franco-allemand) (Nr. 85)
20. 2. SMITH, Eric Owen: Die Beilegung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Ein vergleichendes Forschungsprojekt über Zustandekommen, Verlauf und Ergebnis von Schlichtungsverfahren
20. 4. BUJARD, Helmut: Brauchen wir eine Europäische Forschungspolitik? (Nr. 132 - erschienen 1988)
30. 4. PASETTI BOMBARDELLA, Francesco: Structure et fonction du service juridique du Parlement Européen comparé avec les services juridiques des parlements des pays membres de la C.E.
6. 5. POSCH, Martin: Auf dem Wege zu einem europäischen Haftungsrecht - Die zivilrechtliche Haftungsregelung der DDR als Vergleichsmodell (Nr. 142 - erschienen 1988)
8. 5. BERNHARDT, Rudolf: Neue Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (Nr. 99)
8. 5. von BREITENSTEIN, Detlev: Internationale Arbitrage im deutsch-französischen Wirtschaftsverkehr (Nr. 87)
11. 5. SCHÄFFER, Heinz: Das Föderalismuskonzept der österreichischen Bundesverfassung und seine praktische Entwicklung (Nr. 103)
19. 5. SPILLER, Hans: Aufgaben, Rechtsstellung, Finanz- und Währungssystem des RGW (Nr. 101)
20. 5. LUC, Jerzy: Workers' cooperatives in EEC and CMEA countries - United Kingdom and Poland as examples (Nr. 97 - Nachdruck 1989)
21. 5. MODEEN, Tore: Die Entwicklung der Kommunalverwaltung und des Kommunalrechts in den skandinavischen Staaten (Nr. 113 - erschienen 1988)
22. 5. VÉKAS, Lajos: Erneuern und Bewahren in der Privatrechtsdogmatik: am Beispiel der römisch-rechtlichen Vertragstypisierung (Nr. 82)
22. 5. von HASSEL, Kai-Uwe: Aktuelle Probleme der europäischen Politik
3. 6. RWEZAURA, B.A.: Reflections on the Relationship between State Law and Customary Law in Contemporary Tanzania (Nr. 83)
5. 6. BOOYSEN, Hercules: The Application of the New York Convention to Arbitration to which a State is Party (Nr. 88)

12. 6. HRBEK, Rudolf: Die Beteiligung der deutschen Bundesländer an den innerstaatlichen Beratungen und Entscheidungen in EG-Angelegenheiten (insbesondere im Licht von Art. 2 EEA-Gesetz und der Bund-Länder-Vereinbarung) (Nr. 117 - erschienen 1988, Nachdruck 1989)
16. 6. ADAMS, Michael: EG-Produkthaftungs-Richtlinie: Wohltat oder Plage? - eine ökonomische Analyse (Nr. 89; auch in: Betriebs-Berater (Heidelberg) 1987, Beilage 20 zu Heft 31)
23. 6. PHILIP, Loïc: Le développement récent de la jurisprudence du Conseil Constitutionnel (Dialogue franco-allemand) (Nr. 105)
24. 6. HEINTZE, Hans-Joachim: Der UNO-Sicherheitsrat - ein Mechanismus zur Gewährleistung der Zusammenarbeit unterschiedlicher sozialer Systeme (Nr. 122 - erscheint 1989)
25. 6. HEINTZE, Hans-Joachim: Das Verbot der Rassendiskriminierung - eine ius cogens-Norm des Völkerrechts (Nr. 122 - erscheint 1989)
25. 6. POEGGEL, Walter: Zur Wiener Konvention über Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen von 1986 (Nr. 121 - erschienen 1988)
26. 6. POEGGEL, Walter: Konzeptionelle Probleme der beiden Wiener Staatenabfolgekonventionen von 1978 und 1983 (Nr. 121 - erschienen 1988)
29. 6. KERAMEUS, Konstantin D.: Aktuelle Probleme der internationalen Zuständigkeit im Bereich des Brüsseler Übereinkommens von 1968 und die deutsch-griechischen Beziehungen (Nr. 107 - Nachdruck 1989)
1. 7. REINHART, Gert: Vertikale Verträge im Wettbewerbsrecht der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 102 - Nachdruck 1989)
1. 7. WEILER, Joseph: The European Community in Change: Exit, Voice and Loyalty (Nr. 109)
2. 7. WEILER, Joseph: The Use of the Comparative Method of the European Court of Justice
2. 7. ERHARD, Rita: Verfassungs- und europarechtliche Probleme von technischen Standards (Nr. 104)
8. 7. FRITSCHKE, Ingo: Das Verursachungsprinzip im Zivilrecht der DDR - historische und aktuelle Aspekte (Nr. 106)
15. 7. GÖRITZ, Andreas: Zur Wesentlichen Vertragsverletzung beim Warenkauf - Wechselbeziehungen zwischen dem nordischen und dem international einheitlichen Recht (Nr. 149 - erscheint 1989)
24. 7. BANUS, Enrique: Das kommt mir spanisch vor ... (Nr. 175 - erscheint 1989)
24. 7. BERTELOOT, Pascale: Babylone à Luxembourg - Jurilinguistique à la Cour de Justice (Nr. 136)
8. 9. POPOV, Ljubomir: Rechtliche Probleme der gemischten Unternehmen zwischen Partnern aus westlichen und sozialistischen Ländern (Nr. 98 - Nachdruck 1989)
- 19.10. NARJES, Karl-Heinz: Die Gemeinschaft auf dem Weg zur Europäischen Union - Utopie und Wirklichkeit (Nr. 111: MEISER/WADLE/RESS, Eröffnung des 8. Studienjahres)
- 20.10. VILLELA, João Baptista: Ehe, Familie und Staat - Überlegungen zur künftigen Verfassung Brasiliens (Nr. 160 - erschienen 1989)
- 21.10. COSTA, José Rubens: Sozialstaatlichkeit und das Recht auf Arbeit - Eindrücke eines Brasilianers in Europa
- 23.10. CHARPENTIER, Jean: La coopération transfrontalière interrégionale (Nr. 123 - erschienen 1988, Nachdruck 1989)
- 3.11. SPILLER, Hans: Abgaben und Steuern in der DDR
- 6.11. JENNINGS, Robert: The Place of the Jurisdictional Immunity of States in International and Municipal Law (Nr. 108 - Nachdruck 1989)
- 12.11. Rechtsprobleme der Rechtsangleichung (Kolloquium für Heinrich MATTHIES (Nr. 137 - erscheint 1989)
- RESS, Georg: Löst Art. 110a EWGV die Probleme der Rechtsangleichung des einheitlichen Binnenmarktes?
- GLAESNER, Hans-J.: Bemerkungen zur Interpretation von Art. 100a EWGV
- KARPENSTEIN, Peter: Doppelte Rechtsgrundlagen im Gemeinschaftsrecht
- TASCHNER, Hans Claudius: Qualifizierte Mehrheit für Maßnahmen zur Rechtsangleichung

- 23.11. WENGLER, Wilhelm: Göttliches Recht in Europa und Asien ("Staatlicher ordre public gegenüber kirchlichem Recht und Prüfung staatlicher Gesetze unter religiösem Recht" in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F. 36, 1987, S. 67-89)
- 25.11. WILL, Michael R. (Hrsg.): Sport und Recht in Europa (Mitarbeiter-Kolloquium) (Nr. 116 - erschienen 1988)
- Einführung (WILL, RESS) und Beiträge über
 - Das Ein-Platz-Prinzip (GIESSELMANN-GOETZE)
 - Der Zugang zur staatlichen Gerichtsbarkeit (DALHEIMER)
 - Schiedsgerichtsbarkeit und einstweiliger Rechtsschutz (NILIUS)
 - Internationale Sperren (LICHTLEITNER)
 - Ausländerklauseln und Spielertransfer aus europarechtlicher Sicht (MARTICKE)
 - Unbekanntes aus Skandinavien (GÖRITZ) und eine Bibliographie
- 25.11. BORRÁS, Alegría: Sport und Staatsangehörigkeit in Spanien (vgl. Los supuestos de tráfico privado internacional en los medios de comunicación social: IV. El derecho de la nacionalidad: De los «oriundos» a los «nacionalizados declarados españoles de origen», in: Cursos de Derecho Internacional de Vitoria-Gasteiz 1985, S. 373, 384-391)
- 7.12. ISHIKAWA, Akira: Die Bedeutung der Schlichtung als Mittel der Streitbeilegung unter Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzung in Japan (Nr. 127 - erschienen 1988)
- 9.12. BAUDENBACHER, Carl: Das neue schweizerische UWG in der europäischen Rechtsentwicklung (Nr. 126)
- 18.12. SEIDEL, Martin: Die Elektrizitätswirtschaft im System des Gemeinschaftsrechts (Nr. 114 - erschienen 1988)
- 18.12. SCHRAMM, Hartmut: Rechtsetzung durch die EG-Kommission bei Untätigkeit des Rates? - Fragen ersatzorganschaftlichen Handelns in der Europäischen Gemeinschaft (Magister-Arbeit) (Nr. 28 - erschienen 1988)

1988

22. 1. GORIÉLY, Georges: Le Traité sur la coopération franco-allemande (22 janvier 1963). Origine et perspectives (Nr. 112 - Nachdruck 1989)
22. 1. BIRK, Rolf: Zur Schwierigkeit der Umsetzung von Richtlinien im Arbeitsrecht (Nr. 157 - erschienen 1989)
26. 1. JAENICKE, Günther: Die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die neue Seerechtskonvention (Nr. 115 - Nachdruck 1989)
26. 1. LUTTER, Marcus: Europa und das Unternehmensrecht (Nr. 118)
29. 1. USHER, John: The Indirect Influence of Principles of European Community Law in the United Kingdom (Nr. 124 - Nachdruck 1989)
2. 2. KLEIN, Eckart: Unmittelbare Geltung, Anwendbarkeit und Wirkung des Europäischen Gemeinschaftsrechts (Nr. 119 - Nachdruck 1989)
2. 2. CAEIRO, António: Le nouveau droit des sociétés au Portugal
3. 2. SIEHR, Kurt: Rechtstheoretische Bedeutung der neueren IPR-Kodifikationen (Nr. 167 - erscheint 1989)
10. 2. BUCHHEIT/JUNG: Ausgewählte Probleme des Internationalen Ehe- und Kindestschaftsrechts in der Standesamtspraxis des Saarlandes (Kolloquium)
12. 2. GILSDORF, Peter: Die Grenzen der gemeinsamen Handelspolitik (Nr. 125)
18. 2. SCHLOBSTEIN, Karl-Heinz: Im Dienste des Präfekten - Erfahrungen und Erkenntnisse aus einem neunmonatigen Beamtenaustausch (Nr. 131)
13. 4. MARTICKE, Hans-Ulrich: Entstehung und Entwicklung der Schaf- und Ziegenfleischmarktordnung - Ein Lehrstück in fünf Akten (Nr. 130)
22. 4. RESS, Georg (Hrsg.): Staatliche Souveränität und gute Nachbarschaft (Kolloquium Leipzig/Saarbrücken) (Nr. 148 - erscheint 1989)
23. 4. TEGTMEIER, Michael: Der Grundsatz der guten Nachbarschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kodifikationsarbeiten der UN-Vollversammlung
- ROBBERS, Gerhard: Menschenrechte und gute Nachbarschaft
- POEGGEL, Walter: Die Relevanz der guten Nachbarschaft für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten
- RESS, Georg: Gute Nachbarschaft - Rechtsbegriff oder politische Leitlinie?
- DOHRING, Karl: Strafrechtsanwendung im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten

- HEINTZE, H.J.: Nichteinmischung, gute Nachbarschaft und humanitäre Zusammenarbeit
- GRUPP, Klaus: Gute Nachbarschaft und grenzüberschreitende Sozialleistungen
- BURMEISTER, Joachim: Grenzüberschreitende Bezüge der Reform des deutschen Medienrechts
- FIEDLER, Wilfried: Die Rückführung von Kulturgütern im Lichte der guten Nachbarschaft
23. 4. BIANCA, C. Massimo: "Fundamental Breach" in the Italian and International Law of Sales
26. 4. TÖPFER, Klaus: Umweltschutz in Europa (in: "campus" (Uni Saarbrücken) 18, Juni 1988, Nr. 3, S. 7-10)
14. 5. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Weg zum Einheitlichen Binnenmarkt und zur Steuergemeinschaft im Jahr 1992 (Kolloquium für Henning von ARNIM) (Nr. 146 - erscheint 1989)
- RESS, Georg: Überlegungen zur Zulässigkeit und Grenzen europäischer Steuerrechtsharmonisierung
- LAULE, Gerhard: Das europäische Antidumping-Zollrecht - Entwicklung und ausgewählte Probleme
- von ARNIM, Henning: Die Verbrauchssteuern im gemeinsamen Binnenmarkt
- KARG, Theodor: Überlegungen für eine Neuordnung des Gemeinnützigkeits- und des Spendenrechts
- ANDEL, Norbert: Probleme der Liberalisierung grenzüberschreitender Finanzdienstleistungen, insbesondere der Versicherungswirtschaft
17. 5. BRIDGE, John W.: The Relationship between Public International Law and Municipal Law in British Practice (Nr. 129)
25. 5. TUNC, André: La Directive européenne sur la responsabilité du fait des produits défectueux - son incorporation en droit français (Nr. 140)
30. 5. REICHEL, Gerte: Rechtliche und kulturpolitische Aspekte des Internationalen Kulturgüterschutzes (Nr. 143)
4. 6. GRAMLICH, Ludwig: Die ECU - Fremdwährung in der Bundesrepublik? (Nr. 138)
10. 6. WINKLER, Günther: Glanz und Elend der Reinen Rechtslehre - Theoretische und geistesgeschichtliche Überlegungen zum Dilemma von Sein und Sollen in Hans Kelsens Rechtstheorie (Nr. 144)
13. 6. HAHN, Ottokar: Die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf das Saarland - Chancen und Risiken
16. 6. KRAMER, Ernst A.: Europäische Privatrechtsvereinheitlichung - Institutionen, Methoden, Perspektiven (Nr. 139, auch in: Juristische Blätter (Wien) 1988, S. 477-489)
16. 6. GORBY, John: Doing Politics in the United States Supreme Court (Nr. 135)
20. 6. GREWE, Wilhelm G.: Japan und Europa (Nr. 133)
27. 6. RITTER, Wolfgang: Probleme der Steuerreform - rechtliche Aspekte, wirtschaftliche Folgen (Nr. 134)
30. 6. BÖCKSTIEGEL, Karl-Heinz: Erfahrungen mit dem US-Iranischen Schiedsgericht in Den Haag (vgl. FS 600-Jahrfeier der Universität zu Köln, Köln: Heymanns 1988, S. 605-631)
30. 6. STURM, Fritz: Die Rezeption des französischen Personenstandsrechts in Deutschland, Österreich und der Schweiz - ein Markstein auf dem Weg zu Gleichheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit (Nr. 171 - erscheint 1989)
1. 7. WILL, Michael R. (Hrsg.): EG - Türkei, Freizügigkeit und Familien nachzug (Tagung mit der Deutsch-Türkischen Juristenvereinigung) (Nr. 150 - erschienen 1989). Vorträge von
2. 7. WÖLKER, Ulrich: Die Grundlinien des EuGH-Urteils vom 30. September 1987 (Demirel)
- HAILBRONNER, Kay: Die Regelungskompetenz der EG im Bereich des Ausländerrechts und die Freizügigkeit türkischer Staatsangehöriger in der Gemeinschaft
- STRATE, Gerhard: Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer - die Gegenposition
- RÜHMANN, Jürgen: Grundlinien des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Ehegattennachzug, insbesondere die grundrechtsdogmatischen Probleme
- ZULEEG, Manfred: Ehegattennachzug und Familienzusammenführung im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts unter Berücksichtigung europarechtlicher Aspekte sowie Kurzreferate von ARSAVA, GROENENDIJK, LICHTENBERG, MARTICKE und RUMPF
5. 7. HUMPHREY, John Peters: Human Rights and the United Nations

6. 7. MARKERT, Kurt: Nationales Kartellrecht im Europäischen Binnenmarkt (Nr. 141)
7. 7. von SENGER, Harro: Die Kodifikationswelle in der Volksrepublik China - Probleme für chinesische und europäische Rechtsanwender (Nr. 161 - erscheint 1989)
7. 7. RESS, Georg (Hrsg.): Aspekte der Entwicklung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (Kolloquium). Vorträge von
KUTSCHER, Hans: Persönliche Erinnerungen an den Gerichtshof
BLECKMANN, Albert: Das Verhältnis des Europäischen Gerichtshofs zur Kommission und zum Rat
GLAESNER, Hans-Joachim: Reflexion on the Relations between the Court and the European Parliament
EDWARD, David A.O.: The Court's role in Cartel Law
- 21.10. und 22.10. WILL, Michael R. (Hrsg.): Sportrecht in Europa (Herbsttagung mit dem Konstanzer Arbeitskreis für Sportrecht), Heidelberg: C.F. Müller, erscheint 1989 - in deutscher Sprache; jeweils im Original in Nr. 170 - erscheint 1989. Vorträge von
ZULEEG, Manfred: Der Sport im europäischen Gemeinschaftsrecht
de CRISTOFARO, Marcello: L'attività sportiva in Italia
AUTEXIER, Christian: Le droit du sport en France et son environnement international et européen
BERMEJO VERA, José: Regimen jurídico del deporte en España
HÖRSTER, Heinrich Ewald: Sport und Recht in Portugal
EVANS, Andrew: Sport Law in England
ERECINSKI, Tadeusz: Probleme der rechtlichen Regelung des Sports in Polen
MALATOS, Andreas: Griechisches Sportrecht und internationale Sportverbandsregeln
RENZ, Gerhard: Freizügigkeit von Berufsfußballspielern innerhalb der EG
KARPENSTEIN, Peter: Der Zugang von Ausländern zum Berufsfußball innerhalb der EG
WILL, Michael R.: Auf dem Wege zu einem europäischen Sportrecht? (Generalreferat)
- 24.10. EVERLING, Ulrich: Richterrecht in den Europäischen Gemeinschaften (Nr. 151; MEISER/JUNG/WILL, Eröffnung des 9. Studienjahres - erscheint 1989)
- 27.10. MACARCZYK, Jerzy: Legal Aspects of a New International Economic Order
- 4.11. RESS, Georg (Hrsg.): Völkerrechtliche, europarechtliche und rechtsvergleichende Aspekte der Entwicklung des Urheberrechts (Kolloquium für Gerhard REISCHL), Baden-Baden: Nomos - erscheint demnächst. Vorträge von
WADLE, Elmar: Rechtsgeschichtliche Betrachtung zur Entwicklung des Urheberrechts in Europa
RESS, Georg: Die Beziehungen zwischen der Berner Konvention und dem Europäischen Gemeinschaftsrecht
REISCHL, Gerhard: Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften zum Urheberrecht im Gemeinsamen Markt
DIETZ, Adolf: Harmonisierung des europäischen Urheberrechts
BONET, Georges: La réaction des juridictions françaises dans le domaine des droits intellectuels aux règles du droit communautaire
PERROTT, The Reaction of British Courts to the Theory of the Exhaustion of Property Rights
PATTI, Salvatore: Zur Entwicklung des italienischen Urheberrechts, insbesondere unter dem Einfluß der Rechtsprechung des EuGH
SCHULZ, Winfried: Der Schutz des geistigen Eigentums in der Gesetzgebung des Vatikanstaates
POSNER, Bernhard: Ausblick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 und das Europäische Urheberrecht
- 25.11. JENNINGS, Robert: Public International Law Today
- 25.11. TUNC, André: Les joies et les peines d'un comparatiste
- 25.11. SASS, Gert: Probleme der direkten Steuern in der Perspektive des gemeinsamen Binnenmarktes (Nr. 147)
- 28.11. WILDHABER, Luzius: Die Schweiz und die europäische Menschenrechtskonvention im Rahmen neuer Entwicklungen (Nr. 173 - erscheint 1989)
- 9.12. BARCZ, Jan: Die Beziehungen zwischen Völkerrecht und Landesrecht in der Volksrepublik Polen - Probleme de lege lata und de lege ferenda (Nr. 145 - erscheint 1989)
- 15.12. LICHARDUS, Jan: Macht, Herrschaft und Gold - und die Anfänge einer neuen europäischen Zivilisation

1989

- 16.1 DRUESNE, Gérard: La Communauté Européenne à la veille de 1992
- 20.1. RUNGGALDIER, Ulrich: Das Vorrangrecht der in Südtirol ansässigen Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung (Nr. 152)
- 25.1. HONDIUS, Ewoud H./BRAAMS, Willem Th.: Auf dem Wege zu einem europäischen Haftungsrecht - Beitrag der Niederlande (Nr. 182)
- 1.2. BUCHEIT, Walter/JUNG, Wolfgang: Ausgewählte Probleme des internationalen Ehe- und Kind-schaftsrechts in der Standesamtspraxis des Saarlandes
- 7.2. DU BOIS, Pierre: Die Schweiz und der Aufbau Europas (Nr. 172)
- 8.2. KOLINSKI, Andrzej: EEC - COMECON: Difficulties in Reaching an Agreement (Nr. 153)
- 14.2. USHER, John: Financial Services - Towards the Single Market (Nr. 154)
- 15.2. PFISTER, Bernhard: Produkthaftung in Europa: Probleme im deutsch-österreichischen Handel (Nr. 164)
- 15.2. GERDCHIKOV, Ognian: Die neue Regelung der Wirtschaftstätigkeit in Bulgarien und die inter-nationale ökonomische Zusammenarbeit
- 21.2. STOBBE, Erhard: Das Schengener Übereinkommen - Inhalt, Wirkung und Bedeutung (Nr. 156)
- 17.4. ADAMANTOPOULOS, Konstantinos: Die neue Komponententeile-Verordnung der EWG als Problem des Dumping-Rechts des GATT (Nr. 159)
- 20.4. FARKAS, József: Die Menschenrechte und das Zivilprozeßrecht in Ungarn
- 21.4. ZOBEL, Günther: Liberalisierung in der Verkehrspolitik in Richtung 1992 - Fluch oder Segen? (Nr. 177)
- 25.4. MODEEN, Tore: Das Recht auf soziale Dienstleistungen nach dem finnischen Sozialfürsorgege-setz (Nr. 169)
- 8.5. LILLICH, Richard B.: An American Perspective on the New European Convention on Torture (Nr. 182)
- 18.5. WENGLER, Wilhelm: Der vorbehaltene Betätigungsbereich der Staaten (Nr. 179)
- 19.5. WENGLER, Wilhelm: Staatsgeheimnisse im internationalen Recht (der Spy-Catcher-Fall) (Nr. 179)
- 30.5.-
31.5. DDR-Kolloquium: Völkerrecht und nationales Recht
- 2.6. HOLZINGER, Gerhart: Der Verfassungsdienst der Republik Österreich (Nr. 180)
- 27.6. SWAJA, Janusz: Die Rechtsstellung des Erfinders im polnischen und sowjetischen Recht
- 4.7. FOLLAK, Klaus-Peter: Die Vereinheitlichung der Bankenaufsicht in Europa (Nr. 181)
- 23.10. PETZOLD, Herbert: Die Rolle der Europäischen Menschenrechtskonvention für den europäischen Einigungsprozeß (Nr. 174); Eröffnung des 10. Studienjahres im Aufbaustudiengang "Europäische Integration"

- 27.10. BANGEMANN, Martin: Auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt 1992 (Nr. 185)
- 10.11. BLECKMANN, Albert: Theorie der Grundrechte der Europäischen Gemeinschaften und der nationalen Rechtsordnungen, insbesondere des Grundgesetzes: Vergleich und Diskrepanz (Nr. 188)
- 15.11. PALINKAS, Peter: Europäische Energiepolitik und der Binnenmarkt für Energie (Nr. 189)
- 1.12. SCHOTTHÖFER, Peter: Europäisches Wettbewerbsrecht: Die Richtlinien zur Bekämpfung der irreführenden Werbung von 1984 (Nr. 186)
- 13.12. SEIDEL, Martin: Der innerdeutsche Handel: Das Spannungsfeld zwischen europäischer Einigung und Deutschlands Rechtslage (Nr. 184)
- 15.12. GNAD, Heinz: Die Problematik der Harmonisierung des Bankenrechts im Lichte des deutsch-französischen Bankenverkehrs (Nr. 199)
- 19.12. BIEG, Hartmut: Auswirkungen der Bankrichtlinien der Europäischen Gemeinschaften auf die Bankaktivitäten im Gemeinsamen Markt (Nr. 190)

1990

- 12.1. TROBERG, Peter: Vertragssystematik und Harmonisierungsansätze (mit Beispielen aus dem Bank-, Finanz- und Versicherungsbereich) (Nr. 198)
- 15.1. WOHLFAHRT, Jürgen: Rechnungskontrolle in der Europäischen Gemeinschaft (Nr. 193)
- 19.1. BADER, Udo-Olaf: Ein Vergleich der Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute im Einheitlichen Europäischen Binnenmarkt mit denjenigen des Baseler Abkommens und ihre kreditwirtschaftliche Bedeutung (Nr. 194)
- 19.1. HAFKE, Heinz-Christian: Besondere Probleme der zweiten Bankrechtsharmonisierungsrichtlinie (Nr. 195)
- 24.1. HAHN, Hugo: Vom europäischen Währungssystem zur europäischen Währungsunion (Nr. 196)
- 30.1. MANN, Siegfried: Steuer- und Finanzpolitik der EG aus der Sicht der deutschen Industrie (Nr. 197)
- 2.2. MARTINEK, Michael: Das europäische Bankgeschäft der Finanzierung von Franchisesystemen
- 6.2. WENDT, Rudolf: Reform der Unternehmensbesteuerung aus europäischer Sicht (Nr. 201)
- 9.2. DOLZER, Rudolf: Rechtsfragen der Staatsschulden (Nr. 200)
- 19.4. RESS, Georg: Niederlassungsfreiheit und nationale Konzessionssysteme - dargestellt am Beispiel der grenzüberschreitenden Apothekerzulassung (Nr. 203)
- 20.4. RUZIE, David: L'office franco-allemand pour la jeunesse - essai d'analyse juridique de l'organisme binational (Nr. 205)
- 26.4. BOLIS, Luciano: Wie könnte eine zukünftige Europäische Union aussehen? (Nr. 206)